



BLICHWINKEL

Politisches Magazin der AfD-Fraktion NRW

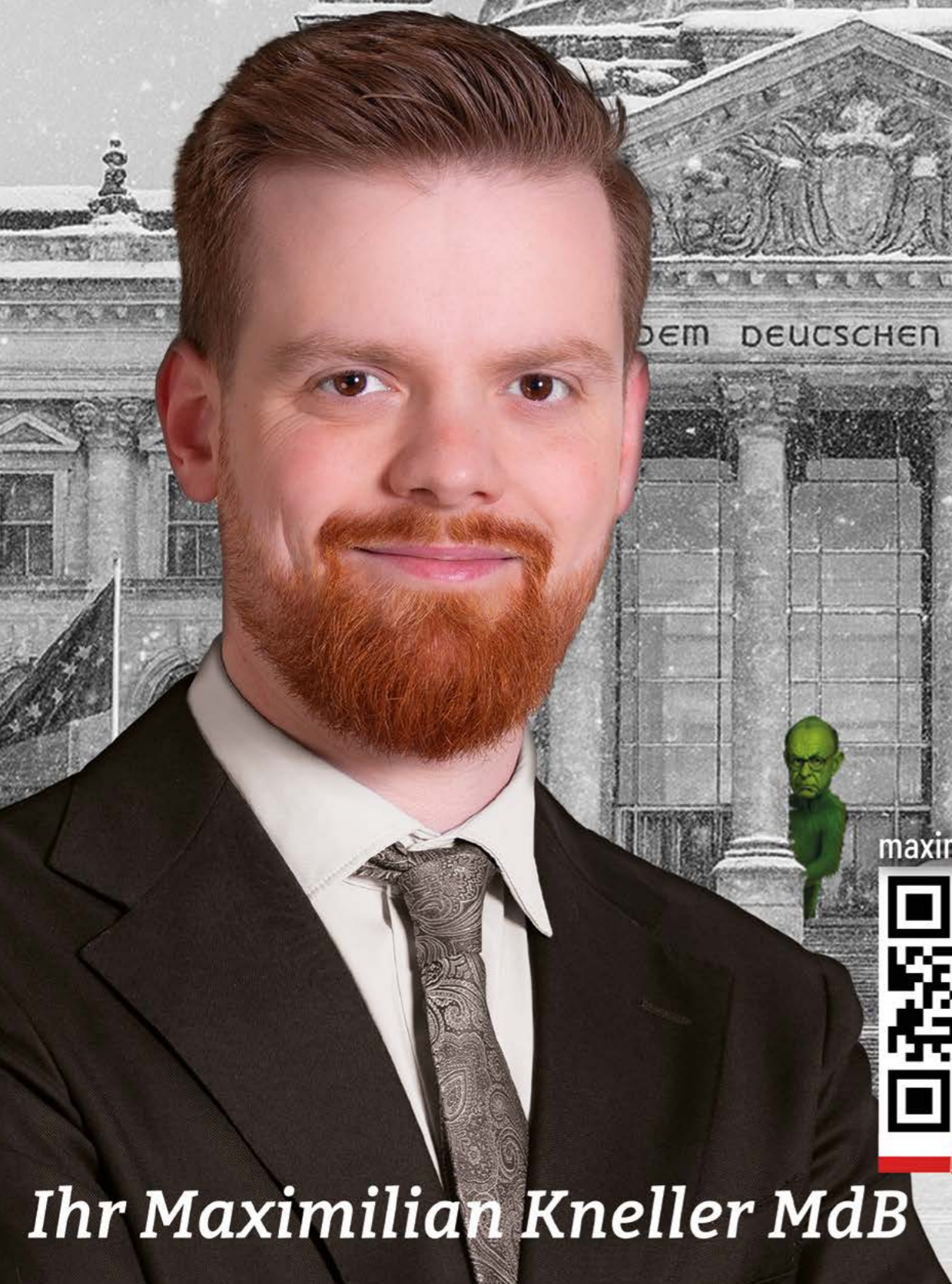
Dieses Magazin darf nicht für Parteiwerbung eingesetzt werden

Nr. 14 · Winter 2025/26

10 JAHRE „WIR SCHAFFEN DAS!“

10 Jahre mutmaßlich irreversible
Realitätsverweigerung zu Lasten
der eigenen Leute

Frohe Weihnachten wünscht
der einzige »Rote«, dem Sie
das ganze Jahr vertrauen können.



maximiliankneller.de



ANZEIGE Maximilian Kneller, Mitglied des Bundestags, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Ihr Maximilian Kneller MdB

Editorial



DR. MARTIN VINCENTZ
MITGLIED DES LANDTAGS
FRAKTIONSVORSITZENDER

Liebe Leser,

im September blickte das politische Berlin gebannt auf die Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen. Nicht ohne Grund, denn unsere Metropolen gelten als Indikator für Unzufriedenheit: Migration, Sicherheit, Wirtschaft, Mieten und hohe Energiepreise bereiten vielen Menschen existenzielle Sorgen. Viel zu oft haben etablierte Parteien versprochen, diese Probleme zu lösen, nur um dann ihre Versprechen zu brechen. Landesweit konnte die AfD ihr Ergebnis fast verdreifachen. Wir werden 2027 nach Prognosen ebenfalls deutlich gestärkt in den Landtag einziehen. Der Kurs ist klar: Wir wollen Deutschland bei zentralen Themen wie innerer Sicherheit, Migration, Wirtschaft und Sozialstaat wieder vom Kopf auf die Füße stellen. Unser erfolgreiches Kommunalwahlmandat ist ein wichtiger Schritt hin zu diesem Ziel.

Im September hat uns eine schreckliche Tragödie in den USA tief bewegt. Der konservative Aktivist Charlie Kirk wurde bei einem politisch motivierten Mordanschlag erschossen, als er mit Studenten an einer Universität in Utah diskutierte. In westlichen Ländern keimt politische Gewalt immer weiter auf. Das erleben auch unsere Mandatsträger regelmäßig. Unterschiedliche politische Ansichten dürfen niemals Anlass sein, Menschen zu bedrohen, zu verletzen oder ihnen gar ihr Leben zu nehmen. Das ist keine politische Frage, sondern muss unser aller zivilisatorischer und demokratischer Konsens sein.

Die offene und ehrliche Art, mit der Kirk trotz verschiedener Meinungen mit jungen Menschen diskutierte, ist auch für uns in Deutschland Vorbild. Deshalb brachten wir sein Format „Prove me

wrong“ kurzfristig im September vor den Landtag. Ein bedeutendes Event mit der eindringlichen Botschaft, wie wichtig es ist, für seine Meinungen einzustehen und sich niemals einschüchtern zu lassen. Wir planen das Diskussionsformat an Universitäten fortzusetzen.

Zum Jahresende werden im Landtag wichtige finanzpolitische Weichenstellungen getroffen. Der Landeshaushalt ist regelmäßig Gegenstand scharfer Auseinandersetzungen mit den etablierten Fraktionen. Verheerende energie- und wirtschaftspolitische Entscheidungen der Wüst-Regierung führen uns in eine beispiellose Deindustrialisierung. Das macht nachhaltige Reformen in den Bereichen Migration und Soziales umso dringender. Wir werden im Landtag konstruktiv daran mitwirken, diese Reformen umzusetzen. Vorhandene Finanzmittel sind endlich sachgerecht für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes einzusetzen.

Nun, liebe Leser, wünsche ich Ihnen viel Freude mit der Lektüre. Wie immer freuen wir uns über Rückmeldungen, Meinungen und Verbesserungsvorschläge. Diese schicken Sie uns gerne per E-Mail oder klassisch auf dem Postweg. Den Blickwinkel erhalten Sie im Abonnement kostenfrei nach Hause. Melden Sie sich hierzu einfach über <https://afd-fraktion.nrw/blickwinkel/an>.

Ihr
Martin Vincentz

Editorial

von Dr. Martin Vincentz
Fraktionsvorsitzender

3

THEMEN

Chemieindustrie in NRW

Wenn Insektenspray zum Gefahrgut wird

6 – 7

Wenn Fallzahlen bestimmen, wer retten darf

NRWs Krankenhausreform

8 – 9

Kein Fahrrad in Sicht:

Eine ideologisch motivierte Verkehrswende

10 – 11

Wie Kinder und Jugendliche zu Schachfiguren im politischen Machtkampf werden

15 – 17

Warum folgt Deutschland Frankreich auf dem Weg in den Bankrott?

24 – 25

Neue Normalität: Gruppenvergewaltigung

26 – 27

Illegales Glücksspiel als Goldesel

Wie kriminelle Clans in NRW sich eine goldene Nase verdienen

32 – 33

Jungen und Mädchen

Gleichbehandlung oder Gleichmacherei?

34 – 35

Quo vadis, Denkmalschutz?

Wie die Landespolitik unsere Baukultur bedroht

36 – 37



TITELTHEMA

10 Jahre „WIR SCHAFFEN DAS!“

Seite 18 – 21

Die Landtagsfraktion der AfD Nordrhein-Westfalen

besteht aus 12 Abgeordneten, die eine große Bandbreite von Aufgaben und Themen im Bereich der Landespolitik bearbeiten. Wir könnten dies alles ohne unsere Referenten, Unterstützer und den Rückhalt der Partei nicht schaffen.

Deswegen möchten wir uns an dieser Stelle bei unseren Referenten bedanken, die neben der täglichen parlamentarischen Arbeit an der Fertigstellung der Blickwinkel-Ausgabe grundlegend beteiligt waren:

Christer Cremer, Dominik Ebenberger, Jörg Feller, Maik Klaus, Björn König, Iwar Matern, Lisa-Kristin Oheim, Elmar Salinger, Maximilian Schmitz, Jan-Hendrik Schulz



Kommunalwahl in NRW: Kammerflimmern in der einstigen Herzkammer

Seite 22 – 23



DEUTSCHE GESCHICHTE

Wiederaufbau in Deutschland und die Rolle der Gastarbeiter

Seite 38 – 41

NATIONALES

Maja schlägt, Marla rennt und das Recht stolpert hinterher

Wie das Selbstbestimmungsgesetz unsere Gefängnisse ins Chaos stürzt

12 – 14

WER WIR SIND

Porträt

Im Gespräch mit Carlo Clemens

28 – 31

KURZ NOTIERT

Kurznotizen

unserer Landtagsabgeordneten

42 – 43

COMIC

Schicksalsroman

44 – 45

BERLINER BLICKWINKEL

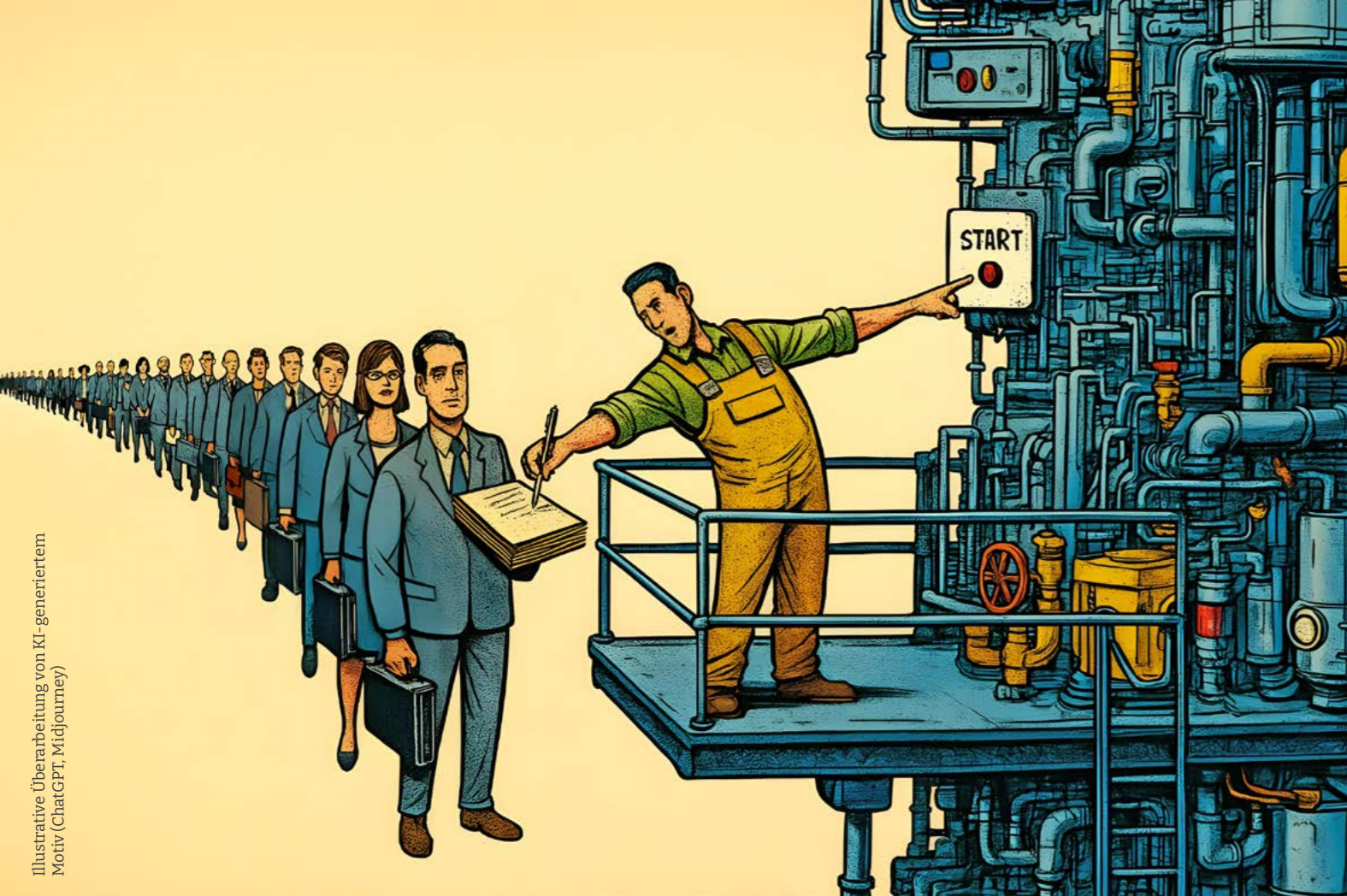
China –

Partner oder Rivale für Deutschland?

46

Impressum

47



Illustrative Überarbeitung von KI-generiertem Motiv (ChatGPT, Midjourney)

CHEMIEINDUSTRIE IN NRW

Wenn Insektenspray zum Gefahrgut wird

Bürokratie als Hemmschuh

Wie lange wird die chemische Industrie in NRW noch eine der tragenden Säulen unserer Wirtschaft sein? Mehr als 100.000 Menschen arbeiten in der Branche, sei es direkt oder in vielen Zulieferbetrieben. Von Kunststoffen über Spezialchemikalien bis hin zu Grundstoffen, ohne die Chemie läuft in NRW kaum etwas.

Die Industrie braucht Tempo und Planungssicherheit, um wichtige Investitionen durchzuführen. Doch die Politik bremst, oft gesteuert aus Brüssel, durch ausufernde Bürokratie, lange Genehmigungsverfahren, teure Auflagen und Berichtspflichten. Hinzu kommen ideologisch getriebene Energiepreise durch Klimasteuern und Russland-

sanktionen, die sich immer mehr als ‚Deutschlandsanktionen‘ entpuppen.

Allein durch die ausufernde Bürokratie verliert die deutsche Volkswirtschaft jährlich 146 Milliarden Euro. Für 88 % der Unternehmen des Verbandes der Chemischen Industrie CVI ist der Bürokratie-dschungel das mit Abstand größte Standortproblem.

Die Folge: Der Standort Deutschland gerät ins Hintertreffen, nicht nur wegen der im internationalen Vergleich hohen Energiepreise. Während die USA und Teile Asiens mit günstiger Energie um Investitionen werben, stehen Betriebe hier-



CHRISTIAN LOOSE, MDL
PARLAMANTARISCHER GESCHÄFTSFÜHRER
SPRECHER FÜR WIRTSCHAFTS-, INDUSTRIE- UND ENERGIEPOLITIK

zulande ohnehin unter Kostendruck. Und was früher ein Standortvorteil war – verlässliche Rahmenbedingungen und planbare Prozesse –, wurde durch eine Regelflut untergraben. Unternehmen berichten von Genehmigungszeiten, die Projekte um Jahre verzögern. Wer modernisiert oder erweitern will, kämpft sich durch Aktenordner, statt Anlagen zu bauen.

Ein Beispiel: Die Lieferkettensorgfaltsrichtlinie und Entwaldungsrichtlinie sorgen beim Import von Sojaöl für massive Auflagen. Viele Chemiebetriebe benötigen epoxidiertes Sojaöl (ESBO) als PVC-Weichmacher. Bei Bezug aus Südamerika muss nun lückenlos belegt werden, dass für die Plantage kein Baum gefällt wurde – inklusive GPS-Koordinaten jeder Anbauparzelle. Wurde auf einer Parzelle nach dem 31.12.2020 Wald gerodet, ist die Ware nicht zulässig in der EU. Das bedeutet Berichts-, Prüf- und Haftungsaufwand über die gesamte Lieferkette, vom Feld über den Händler bis zur Verarbeitung hierzulande. Die Folge: Papier wächst, nicht der Wald. Die übergriffige EU verlagert das Problem, statt es zu lösen – denn China kauft dann das Sojaöl von Flächen, die für unsere Abnehmer gesperrt sind.

DIE OPFER DER HOHEN ENERGIEPREISE, DER ÜBERBORDENDEN BÜROKRATIE UND GÄNGELUNG SIND ÜBERALL IN DEUTSCHLAND ZU SEHEN

Eine andere Überregulierung begegnet uns im Alltag: die Biozidverordnung, die selbst Alltags-sprays wie Gefahrgut behandelt. Die Produkte werden im Handel weggeschlossen, der Kunde muss sich zwangsweise beraten lassen – selbst beim einfachen Insektenspray für 3,95 Euro aus der Drogerie. Aufwand und Kosten steigen, ohne dass der Sicherheitsnutzen im selben Maße wächst. In der Folge zieht sich der Handel zurück

und die Verbraucher weichen auf zweifelhafte Online-Quellen aus. Es stellt sich das Gegenteil von Verbraucherschutz ein.

Die Opfer der hohen Energiepreise und der überbordenden Bürokratie und Gängelung sind überall in Deutschland zu sehen: In Gladbeck schließt INEOS. Venator in Duisburg und Krefeld-Uerdingen ist in der Insolvenz. Ebenfalls in Uerdingen hat LANXESS 2025 seine Hexan-Oxidationsanlage geschlossen. BASF fährt Anlagen in Ludwigshafen herunter und investiert in China. Allein Evonik streicht in Deutschland rund 1.500 Stellen. Jede dieser Stellen steht für Familien, Freunde, Kollegen und Vereinskameraden, die in existentielle Schwierigkeiten geraten. Sie sind die Opfer von Fehlanreizen und Überregulierung.

WAS JETZT ZU TUN IST:

- Planungs- und Genehmigungsrecht entschlagen: Ein verbindliches Ein-Punkt-Verfahren, lediglich eine Genehmigungsbehörde mit einer klaren Frist – überschreitet sie die Frist, gibt es eine Genehmigungsfiktion.
- Energiepreise senken: Abgaben und Umlagen auf Strom runter, Netzentgelte anpassen, Industriestrom zu wettbewerbsfähigen Konditionen sichern.
- Technologieoffene Grundlagenforschung fördern: Wir brauchen einen Wettbewerb der Lösungen, keine politische Verengung der Möglichkeiten.
- Forschung in Unternehmen und Universitäten mit Pilotprojekten in den Markt bringen. Märkte schnell und attraktiv machen, statt sie zu verhindern.

Denn NRW kann Chemie – wenn die Politik es zulässt. Die Unternehmen stehen bereit, die Ingenieure und Fachkräfte auch. Was fehlt, ist ein Staat, der nicht bremst, sondern ermöglicht: weniger Papier, mehr Praxis. Und damit mehr Wohlstand.



WENN FALLZAHLEN bestimmen, wer retten darf

NRWs KRANKENHAUSREFORM auf dem Prüfstand



DR. MARTIN VINCENTZ, MDL
FRAKTIONSVORSITZENDER
SPRECHER FÜR ARBEITS-, GESUNDHEITS- UND SOZIALPOLITIK

Am 1. April 2025 trat die neue Krankenhausplanung in Kraft. Die Devise der Landesregierung aus CDU und Grünen lautet: weniger Betten, mehr Leistungsgruppen – weg von reinen Bettenzahlen, hin zur fachlichen Spezialisierung. Kliniken dürfen künftig bestimmte Leistungen nur dann anbieten, wenn das Ministerium sie verbindlich zuweist. Das Ziel lautet: Qualität sichern, Doppelstrukturen vermeiden. Das klingt vielleicht vernünftig, doch bei genauerem Hinschauen droht mancherorts mehr Chaos als Fortschritt.

Es gibt bereits fast 100 Klagen von Kliniken gegen Feststellungsbescheide. Viele befürchten, dass notwendige Leistungsgruppen nicht wegen mangelhafter Qualität gestrichen werden, sondern wegen Fallzahlen oder Vorgaben. Besonders hart trifft es Grundversorger in ländlichen Regionen.

Drei WESENTLICHE Probleme mit der REFORM:

1. Der Finanzierung fehlt das Fundament:

Die Landesregierung kündigt Umstrukturierungen groß an. Aber reichen 2,5 Mrd. Euro bis 2027 für Umbauten plus zusätzliche Mittel überhaupt aus?

Vor allem kleinere Kliniken haben nicht die Mittel, teils hohe Anforderungen an Apparate, Personal und Fallzahlen zu erfüllen. So wird die wohnortnahe Versorgung gefährdet.

2. Ländlicher Raum als Verlierer der Reform:

Wenn Kliniken Leistungsgruppen verlieren, bedeutet das mehr Fahrzeiten für Mitarbeiter, Patienten und Angehörige außerhalb von Ballungsräumen. Wenn der Weg zum Fachchirurgen künftig 50 statt 15 Minuten beträgt, dann kann man sich fragen: Für wen wird die Gesundheitspolitik gemacht? Bürger erwarten, dass beides funktioniert, Qualität und Erreichbarkeit.

3. Planungsstress, Rechtsunsicherheit, Bürokratiekoloss:

Die Feststellungsbescheide wurden Ende 2024

erlassen, manche Übergangsfristen gehen nur bis Ende 2025. Kliniken müssen sich binnen kürzester Zeit auf neue Bedingungen einstellen, ohne sichere Vorgaben oder finanzielle Zusagen. Die knapp 100 Klagen zeigen: Viele fühlen sich überrollt. Mindestfallzahlen und Qualität müssen gelten, aber auch regional flexibel sein. Nicht jede Klinik kann alles anbieten, aber jede soll Grundversorgung leisten dürfen.

Drei LÖSUNGSVORSCHLÄGE:

1. Verantwortung mit Zuschüssen belohnen:

Wer gute Leistungen erbringt, soll nicht bestraft werden, weil er in einer Gegend mit weniger Patientenzahlen liegt. Zuschüsse für Infrastruktur, Personal und Technik sind Pflicht, wenn man hohe Standards fordert.

2. Transparenz und Bindefristen:

Viele Kliniken und Bürger fühlen sich überrumpelt. Entscheidungen müssen nachvollziehbar sein, Klagewege offen – zugleich sollten Fristen so gesetzt werden, dass Planung möglich ist.

3. Erreichbarkeit sichern:

Gerade in NRW ist das keine nebensächliche Frage. Mobilität, Rettungswege, Anbindung, alles muss mitgedacht werden.

Die Krankenhausplanung in NRW ist ein ambitioniertes Projekt. Mehr Spezialisierung, Qualitätsvorgaben und eine modernere Struktur sind keine schlechten Ideen. Die Umsetzung zeigt aber: Politiker sind naiv, wenn sie glauben, allein durch bürokratische Neuordnung die Versorgung zu sichern. Wer die Grundversorger schwächt und Fahrzeiten verlängert, spielt mit dem Vertrauen der Menschen und der Daseinsvorsorge.

NRW darf sich nicht daran messen, wie viele Leistungsgruppen gestrichen werden, sondern wie viele Leben verbessert oder gefährdet werden.

KEIN FAHRRAD IN SICHT:

Eine ideologisch motivierte Verkehrswende ohne belastbare Daten führt in die Irre

Dichter Autoverkehr und leere Fahrradstraßen - Gladbacher Straße in Köln

Quelle: Alamy/Joern Sackermann



KLAUS ESSER, MDL
SPRECHER FÜR VERKEHRSPOLITIK

Am 9. September 2025 erlebte Nordrhein-Westfalen einen dramatischen Wetterumschwung. Das zuvor sommerliche Wetter wurde von Starkregen verdrängt – und mit ihm verschwanden nahezu alle Radfahrer von den Straßen. Die in den Großstädten aufwändig hergerichteten und markierten Radwege blieben verwaist zurück, während sich der Pkw-Verkehr dichter als sonst durch die Städte quälte. Verstopfte Gullys erschwerten die Lage zusätzlich.

Ein Szenenbild, exemplarisch für die Fehlentwicklung der NRW-Verkehrspolitik: Die grüne Verkehrswende ist ideologisch getrieben ohne belastbare Verkehrsdaten, ohne faktenbasierte Entscheidungsgrundlagen. Das tatsächliche Mobilitätsverhalten der Bürger im Land wird vollkommen außer Acht gelassen. Auf Anfrage der AfD wurde mitgeteilt, dass an Messquerschnitten nur sehr rudimentäre Daten in die Straßenverkehrszählung eingehen. Zusätzliche Daten wurden in den Jahren 2023 und 2024 überhaupt nicht erhoben. Bei noch nicht einmal 1 Mio. Euro jährlichem Budget ist viel mehr auch nicht zu erwarten.

Letztlich zielt die sogenannte Verkehrswende in NRW nur darauf ab, den Radverkehr im Stile sozialistisch anmutender Planziele zu verdoppeln – hin zu einem Gesamtanteil von 25 %. Im Gegenzug wird der Autoverkehr massiv eingeschränkt, was durch immer mehr Radleitrouten

und Dauerbaustellen bereits wirkungsvoll geschieht. Ein sinnvolles Ziel, wenn denn tatsächlich ein verändertes Mobilitätsbedürfnis und -verhalten zu registrieren wäre. Leider fehlt die relevante Datenbasis, um die tatsächliche Verkehrsnutzung in Stadt und Land zu verstehen. Wie viele Menschen pendeln täglich mit dem Pkw, wie viele nutzen das Fahrrad tatsächlich? Wie variiert die Nutzung nach Wetter, Tageszeit und Region?

Antworten auf diese Fragen bleiben seit Jahren ungeklärt. Erstaunlich, dass trotz wiederholter Forderungen und offensichtlicher Relevanz seit Jahren keine ausreichenden Mittel für Verkehrszählungen vorgesehen werden. Im Haushaltsplan 2026 fehlen systematische Verkehrserhebungen komplett, für die Erarbeitung verkehrsstatischer Grundlagendaten sind mickrige 60.000 Euro vorgesehen.

OHNE FUNDIERTE
DATEN LAUFEN
PLANUNGEN AN DER
LEBENSWIRKLICHKEIT
DER BÜRGER
VORBEI. NRW IST EIN
PENDLERLAND – VIELE
MENSCHEN SIND AUF
IHR AUTO ANGEWIESEN

Ohne fundierte Daten laufen Planungen an der Lebenswirklichkeit der Bürger vorbei. NRW ist ein Pendlerland – viele Menschen sind auf ihr Auto angewiesen. Ideologische Wunschvorstellungen vom rein urban geprägten Fahrradverkehr leugnen diese Realität. Die Folge: Investitionen und Maßnahmen, die gut gemeint sind, aber nicht den tatsächlichen Bedürfnissen entsprechen, können nicht nur ineffizient sein, sondern zu Frustration und massivem Widerstand führen, auch an der Wahlurne.

Nordrhein-Westfalen steht an einem Scheideweg: Wollen wir die Mobilität der Bürger sinnvoll und nachhaltig gestalten, darf die Verkehrspolitik nicht ideologisch verblindet und datenblind agieren. Statt willkürlicher Transformation der Mobilität sind Transparenz, Fakten und eine ehrliche Auseinandersetzung mit der Realität erforderlich – nicht Wunschenken und ökosozialistische Planspiele.

Maja SCHLÄGT, Marla RENNT

UND DAS RECHT STOLPERT HINTERHER



Illustrative Überarbeitung von
KI-generiertem Motiv (ChatGPT, Midjourney)



THOMAS RÖCKEMANN, MDL
SPRECHER FÜR RECHTSPOLITIK

WIE DAS SELBSTBESTIMMUNGSGESETZ UNSERE GEFÄNGNISSE INS CHAOS STÜRZT

Zwei spektakuläre Kriminalfälle legen auf drastische Weise offen, welche Folgen das neue Selbstbestimmungsgesetz für unser Rechtssystem und insbesondere den Strafvollzug hat. Beide stehen für eine Entwicklung, die weniger mit Fortschritt als mit Realitätsverweigerung zu tun hat.

Maja (vormals Simeon) T.: Linke Gewalt mit moralischem Schutzschild

Bei Maja T. handelt es sich um einen linksextremen Gewalttäter aus dem Antifa-Umfeld. Er steht in Ungarn vor Gericht, weil er zusammen mit Komplizen mit Hämmern auf Menschen einschlug, die sie für Rechtsextreme hielten – geplant, koordiniert und brutal. Der Generalbundesanwalt wirft ihnen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung, versuchten Mord und gefährliche Körperverletzung vor. Die Taten reißen sich in eine Serie linksextremer Übergriffe ein, die gezielt politische Gegner einschüchtern sollten – ein Gewaltmuster, das Teile der Öffentlichkeit gern übersehen.

Kurz nach der Festnahme und vor der Auslieferung nach Un-

garn erklärte sich Simeon T. als „nicht-binär“ und nannte sich fortan Maja. Damit verlagerte sich die mediale und politische Erzählung: Statt über Opfer, Tatt motive und politische Radikalisierung zu sprechen, dominierte die Sorge um mögliche Diskriminierung. Abgeordnete von SPD, Grünen und Linken reisten nach Budapest, um Solidarität zu demonstrieren. Selbst ein CDU-Außenminister forderte menschenwürdigere Haftbedingungen. Die schwer verletzten und traumatisierten Opfer waren nur noch eine Randnotiz.

Entscheidend schien, dass T. sich als ‚nicht-binär‘ versteht und damit für ihre Unterstützer eine schützenswerte Minderheit ist. Gewalt wurde nicht mehr primär als moralisches oder rechtliches Verbrechen gesehen, sondern als Ausdruck von Unterdrückung. Die Botschaft ist fatal: Die Bewertung hängt nicht mehr von der Tat selbst ab. Täter, die sich als Opfer definieren, dürfen mit Nachsicht rechnen.

Marla-Svenja (vormals Sven) L.: Vom Neonazi zur ‚Frau im Frauengefängnis‘

Hier ist die Absurdität noch deutlicher: Der als Neonazi be-

kannte L. erklärte mitten im Verfahren wegen Volksverhetzung, das Geschlecht zu wechseln, und gilt seither juristisch als Frau – aus Sven wurde Marla-Svenja. Mit neuem Ausweis, neuer Geburtsurkunde und sämtlichen Rechten, aber ohne weibliche Attribute ausgestattet, verlangt sie nun die Strafe im Frauengefängnis abzusitzen. Ministerien versuchen derweil, mit komplizierten Sonderprüfungen und medizinischen Stellungnahmen Auswege zu finden. Doch diese Anstrengungen wirken hilflos, wenn die Gesetzeslage eindeutig ist: Wer seinen Eintrag geändert hat, ist rechtlich eine Frau. Punkt.

DAS SELBSTBESTIMMUNGSGESETZ ERMÖGLICHT JEDEM ERWACHSENEN, ALLE 12 MONATE DEN GESCHLECHTSEINTRAG ZU ÄNDERN

WEITER »»

L. nutzt die Gesetzeslage gezielt für ein Spektakel aus. Auf Social Media inszeniert sie sich als ironische Kunstfigur, gibt Mode- und Stylingtipps und zählt den Countdown bis zum Haftantritt. L. führt den Irrtum der Politik vor. Sie ‚missbraucht‘ das Gesetz nicht, sie nutzt es – genau so, wie es konzipiert wurde.

Ein Gesetz, das Realität unter Strafe stellt

Das Selbstbestimmungsgesetz ermöglicht seit November 2024 jedem Erwachsenen, alle 12 Monate durch Selbstauskunft beim Standesamt den Geschlechtseintrag zu ändern. Psychologische Gutachten oder gerichtliche Prüfungen sind abgeschafft. Hinzu kommt das sogenannte Offenbarungsverbot: Wer die frühere Geschlechtszugehörigkeit benennt, riskiert Strafen von bis zu 10.000 Euro. Ein Gesetz also, das die Realität verformt und sogar unter Strafe stellt, sie überhaupt auszuspochen.

Missbrauch oder logische Folge?

Kritiker, unter ihnen die AfD, haben solche Gefahren vorausgesagt. Sie wurden verlacht, beschimpft und als ‚transphob‘ abgestempelt. Heute zeigt sich, dass die Warnungen vorausschauend waren. Schon jetzt haben mindestens elf Gefangene in Deutschland davon Gebrauch gemacht – darunter ein verurteilter Vergewaltiger, der die Verlegung in einen Frauenstrukt beantragte und sie erhielt.

Offizielle Stellen reden von „Einzelfällen“. Die Erfahrungen aus anderen Ländern zeigen: Sie sind der Beginn einer Entwicklung, die schnell zur Regel wird.

Internationale Warnsignale – bewusst ignoriert

Beispiele liegen auf der Hand. In Großbritannien wurde der Sexualstraftäter Karen White in ein Frauengefängnis verlegt, wo er zwei Mitgefangene vergewaltigte. In den USA hat eine Transfrau zwei Frauen geschwängert. Überall dort, wo das Prinzip der Selbsterklärung gilt, folgte auf die Euphorie schnell die Ernüchterung: Frauen blieben schutzlos, wenn der Staat verurteilte Sexualstraftäter hinter denselben Mauern unterbrachte.

DER KERN DES PROBLEMS LIEGT NICHT IM VERHALTEN EINZELNER TÄTER, SONDERN IN DER KONSTRUKTION DES GESETZES SELBST

Dass Deutschland diese Erfahrungen ignorierte, ist kein Zufall, sondern politisches Kalkül. Es ging nicht darum, die Realität abzubilden, sondern um eine ideologische Agenda. Nun sind es ausgerechnet inhaftierte Frauen, die den Preis zahlen.

Fazit: Gesellschaft als ideologisches Experimentierfeld

Die Ex-Ampel-Parteien stehen unterdessen vor dem Scherbenhaufen der eigenen Gesetzgebung. FDP-Politiker, die das Gesetz mit durchsetzten, reden von „Missbrauchsfällen“, die verhindert werden müssten.

Dabei kann von Missbrauch keine Rede sein: Wer gesetzliche

Möglichkeiten nutzt, handelt legal. Genau das ist das Problem. Das Gesetz lädt gerade dazu ein, es strategisch auszuschöpfen für politische oder kriminelle Kalkulation.

Der Kern des Problems liegt nicht im Verhalten einzelner Täter, sondern in der Konstruktion des Gesetzes selbst. Es ersetzt Wirklichkeit durch Wunschdenken und zwingt alle Beteiligten diese Fiktion mitzutragen. Damit gefährdet es nicht nur Frauen, sondern untergräbt die Autorität und Glaubwürdigkeit des Rechtsstaates.

Ein Staat, der nicht mehr unterscheiden darf, ob ein Häftling Mann oder Frau ist, verliert am Ende die Fähigkeit, Menschen zu schützen. Das Selbstbestimmungsgesetz ist kein Fortschritt, sondern ein Risiko: Es stellt Ideologie über Realität und Sicherheit. Dass ausgerechnet jene Parteien, die es schufen, nun Missbrauch beklagen, ist die bittere Ironie dieses politischen Experiments.

Die Realität holt diese Politik längst ein. Maja T. und Marla-Svenja L. sind erst der Anfang. Wer jetzt nicht korrigiert, nimmt bewusst in Kauf, dass die Gesellschaft zum Experimentierfeld für ideologische Selbsttäuschung wird. Die Zeit wird zeigen, ob Deutschland fähig ist, Überzeugungen mit der notwendigen Verantwortung in Einklang zu bringen. Gesetze dürfen nicht länger Ausdruck politischer Wunschbilder sein, sondern müssen der Realität standhalten, der sie dienen sollen.

FREIHEIT BRAUCHT WAHRHEIT – SONST WIRD SIE ZUR LÜGE



ZACHARIAS SCHALLEY, MDL
SPRECHER FÜR FAMILIEN-, KINDER- UND JUGENDPOLITIK

Wie Kinder und Jugendliche zu SCHACHFIGUREN im politischen Machtkampf werden

Kurz vor der vorgezogenen Bundestagswahl Anfang 2025 dominierte eine Zahl die Schlagzeilen: 511. So viele Fragen stellte die damalige Unionsfraktion der Bundesregierung zu sogenannten Nichtregierungsorganisationen wie Correctiv, BUND oder Omas gegen Rechts. Auslöser waren die Großdemonstrationen in Berlin, Dresden und Leipzig, die sich nicht nur gegen die AfD, sondern auch gegen die Union richteten, nachdem diese gemeinsam mit FDP und AfD einen Antrag im Bundestag durchgebracht hatte.

Doch kaum war die Wahl gelaufen und die Union wieder zurück in der Regierung, wollte man von dieser Kleinen Anfrage und den hunderten gerechtfertigten Fragen plötzlich nichts mehr wissen. Die Antworten blieben vage, oberflächlich und nichtssagend. Wahlkampfgetöse in Reinform.

Die Kleine Anfrage mag für die verbrauchten Fraktionen abge-

frühstückt sein, das Problem hat sich damit allerdings nicht erledigt. Es sitzt mitten unter uns – auch in NRW.

„Wir setzen uns ein für eine solidarische Gesellschaft, für Kinder- und Menschenrechte und Diversität. Wir begreifen uns als antifaschistisch, antikapitalistisch, queer-feministisch, antirassistisch und anti-ableistisch. [...] Wir kämpfen gegen Rechts. [...] Nachhaltige Entwicklung innerhalb der planetaren Grenzen ist unvereinbar mit Kapitalismus. Daher sehen wir die Abschaffung des Kapitalismus mit all seinen Facetten als notwendig, um die Freiheit aller Menschen zu erkämpfen.“

Wer glaubt, hier ein linksradikales Manifest zu lesen, wird enttäuscht: Das ist das offizielle Selbstverständnis der Naturfreundejugend NRW, die in den letzten Jahren fast 3 Mio. Euro Steuergeld kassiert hat. Finanziert wird also nicht Jugendarbeit, sondern der Kampf gegen

„Rechts“ und der Traum von der Abschaffung des Kapitalismus.

DER STEUERZAHLER FINANZIERT SEINE EIGENE INDOKTRINATION

Die Naturfreundejugend ist nur ein Beispiel von vielen. Mittlerweile verteilt NRW jedes Jahr knapp 160 Millionen Euro im Rahmen des Kinder- und Jugendförderplans. Offiziell, um jungen Menschen Chancen zu eröffnen. In Wahrheit fließt ein beträchtlicher Teil aber in Strukturen, deren Hauptgeschäft politische Agitation ist. Das Prinzip scheint simpel: Wer laut genug gegen ‚Rechts‘ und die AfD schreit, darf die Hand aufhalten. Unter dem Deckmantel

der Gemeinnützigkeit hat sich ein Förderkartell gebildet, mit Parteisoldaten in den unterschiedlichen Vorständen.

Wir haben versucht mit genau diesen jungen Menschen in den Dialog zu treten. Zu unserer Anhörung eingeladen waren Jugendverbände, die über den Kinder- und Jugendförderplan finanziert werden. Gekommen ist dann niemand.

Zurecht werden viele den Kopf schütteln: Die Rechtslage ist eindeutig. Gemeinnützige Organisationen dürfen selbstverständlich politisch aktiv sein, solange dies ihrem Satzungszweck dient und parteipolitisch neutral geschieht. Und das erkennt die Kinder- und Jugendhilfe sogar selbst an. In einem Positionspapier hieß es 2023: „Auch im Rahmen von Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe dürfen sich Demokratieförderung, politische Bildung oder andere Formate der Meinungsbildung nicht direkt gegen oder für Parteien richten.“

Und trotzdem fließen die Mittel ungebremst weiter.

Der Paritätische Wohlfahrtsverband forderte offen ein AfD-Verbot.

Die Katholische Jugend verweigert der AfD jede Bühne.

Die DGB-Jugend NRW chartert Busse, um AfD-Parteitage zu stören.

Der Landesjugendring NRW, ein Dachverband mit 25 Mitgliedsorganisationen, unterstützt ein AfD-Parteiverbotsverfahren.

Alle hängen am Tropf staatlicher Zuschüsse. Mit anderen Worten:

Der Steuerzahler finanziert seine eigene Indoktrination.

160 Millionen Euro – genug, um Jugendzentren zu retten, Freizeitangebote auszubauen, sozial benachteiligte Kinder zu fördern. Doch stattdessen wird das Geld in ideologische Netzwerke gepumpt, die einander bescheinigen, ‚gegen Rechts‘ zu sein und ‚unsere Demokratie zu retten‘.

Dabei sollte man meinen, Demokratie lebt vom Streit der Meinungen. Hier aber wird Vielfalt durch Einheit ersetzt. Denn gefördert wird nur noch, wer linientreu die ‚richtige‘ Haltung vertritt.

Es spielt längst keine Rolle mehr, ob ein Projekt inhaltlich sinnvoll ist oder ein Jugendverband gute Bildungsarbeit leistet. Entscheidend ist nur noch, ob man politisch korrekt auftritt. Wer brav gegen die AfD und gegen konservative Positionen trommelt, der kassiert. Wer neutral bleibt, riskiert den Geldhahn. Das ist nichts anderes als Machtpolitik: Die Altparteien sichern durch die Vergabe von Fördermitteln ihre kulturelle Deutungshoheit und damit ihre politische Vormachtstellung. Sie wollen nicht nur regieren, sie wollen bestimmen, was gedacht und gesagt werden darf. Wer zahlt, bestimmt die Meinung – und wer die Meinung der Jugend kontrolliert, kontrolliert am Ende die zukünftige Politik.

Am perfidesten daran ist die Instrumentalisierung der Jugend. Jungen Menschen wird eingeredet, sie seien nur dann ‚demokratisch‘, wenn sie gegen bestimmte Parteien und ‚gegen Rechts‘ auf die Straße gehen, anstatt für die Vielfalt der Meinungen einzutreten. Wer nicht

mitmacht, gilt als verdächtig. Jugendliche brauchen jedoch keine Bevormundung, sie brauchen eine Zukunft. Sie brauchen keine vermeintlichen Feindbilder von oben, sie brauchen offene Räume. Sie brauchen keine ideologische Umerziehung, sie brauchen Förderung, die diesen Namen auch verdient.

WENN DER STAAT SELBST ZUM POLITISCHEN AKTEUR WIRD

Kehren wir zurück zur Naturfreundejugend NRW, die ganz offiziell zum Kampf gegen die AfD aufruft – und dafür Millionen kassiert. SPD-Abgeordneter Dr. Dennis Maelzer kommentierte das im Landtagsplenum lapidar mit: „Guter Verband.“ Damit ist alles gesagt: Es geht um Machterhalt um jeden Preis.

Doch genau das ist der Dammbruch. Wenn der Staat selbst zum politischen Akteur wird, wenn er die eine Seite fördert und die andere bekämpft, dann verabschieden wir uns von Demokratie.

Wer die Vielfalt der Meinungen wirklich will, darf unliebsame Stimmen nicht durch Steuergeld mundtot machen. Es ist Zeit, diesen Selbstbedienungsladen zu schließen. Neutralität statt Agitation – nur so kann Kinder- und Jugendförderung wieder das sein, was sie sein soll: ein Dienst an jungen Menschen, nicht eine Wahlkampfzentrale getarnt als Gemeinnützigkeit.

Rote Flagge mit Falken im Bild: Die Sozialistische Jugend Deutschland (SJD) – Die Falken ist ein bundesweit aufgestellter Kinder- und Jugendverband, der sich für die Verwirklichung des Sozialismus einsetzt und immer wieder zu „Demos gegen Rechts“ aufruft.

Zum Bundesparteitag der AfD im Juni 2024 in Essen organisierten ihr Kreisverband und der Landesverband Nordrhein-Westfalen ein ‚Demo-Protestcamp‘, um sich „vor Ort laut gegen Rechtsextremismus und Faschismus“ zu zeigen.

Quelle: Hesham Elsherif/Getty Images





ENXHI SELI-ZACHARIAS, MDL
STELLV. FRAKTIONSVORSITZENDE
SPRECHERIN FÜR INTEGRATIONSPOLITIK

10 JAHRE „WIR SCHAFFEN DAS!“

10 Jahre mutmaßlich irreversible **Realitätsverweigerung** zu Lasten der eigenen Leute

Was 2015 mit Merkels „Wir schaffen das“ seinen Ausgang nehmen sollte, hat eine Vorgeschichte, die untrennbar mit dem ‚Arabischen Frühling‘ zusammenhängt. Mit der kulturellen Ignoranz der USA und europäischer Staaten im Schlepptau sollten westliche Werte und Moralvorstellungen in mehrheitlich muslimisch geprägte Regionen, in Gottesstaaten, Monarchien und nicht zuletzt tribale Gesellschaften exportiert werden. Despoten wurden gestürzt, es entstanden dann aber wenig überraschend keine Demokratien westlicher Prägung – im Gegenteil.

Das Fass zum Überlaufen brachte 2014 die fatale Reduzierung der Hilfsleistungen für die heimatnahen syrischen Flüchtlingslager. Dadurch und durch die Aussicht auf ein besseres Leben in Europa setzte sich der Flüchtlingsstrom – anfangs fast ausschließlich Syrer – in Bewegung. In dieser Situation fielen am 31. August 2015 die Sätze, die unser Land für immer dramatisch und nachhaltig verändern sollten:

„Ich sage ganz einfach: Deutschland ist ein starkes Land. Das Motiv, mit dem wir an diese Dinge herangehen, muss sein: Wir haben so vieles geschafft – wir schaffen das!“

Merkel entschied, die Menschen an unserer Grenze nicht – zur Not auch mit Mitteln des unmittelbaren Zwangs – aufzuhalten, sondern sie nach Deutschland einreisen zu lassen.

Deutsches Recht wurde ausgehebelt, europäisches Recht und insbesondere die Dublin-III-Verordnung wurde eigenwillig umgedeutet. Aus

einem Selbsteintrittsrecht des aufnahmebereiten Staates auf Antrag an den für die Aufnahme zuständigen Staat in begründeten Einzelfällen (!) wurde der rechtlich nicht vorgesehene Regeleintritt. Wer einreisen durfte, entschieden die Einreisebegehrenden fortan selbst.

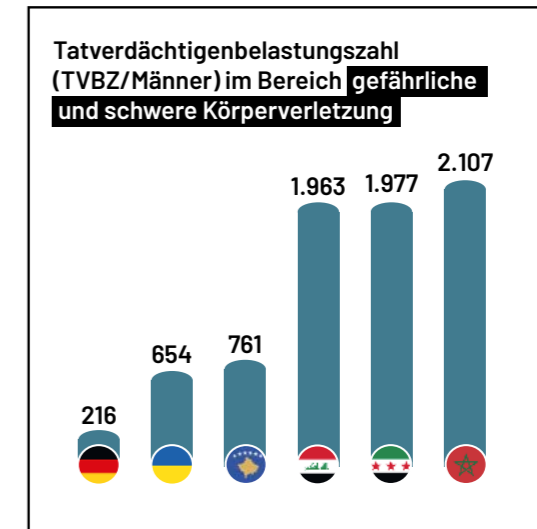
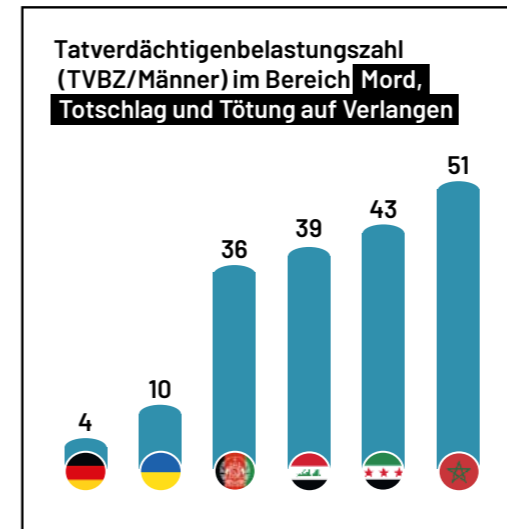
Warnungen der Sicherheitsbehörden wurden seinerzeit ignoriert. Die Bundespolizei, die zur Zurückweisung an der Grenze bereitstand, wurde zum Begrüßungskomitee degradiert. Niemand wurde mehr abgewiesen, selbst wenn er sich nicht identifizieren konnte. Das deutsche Sozialsystem steht seit dieser Zeit quasi der ganzen Welt offen.

Jeder mit gesundem Menschenverstand konnte bereits früh erahnen, welche Folgen Merkels verhängnisvolle Entscheidung haben sollte. Hören wollte es von den politischen Entscheidungsträgern zu dieser Zeit niemand. Angefacht von den Medien entstand der Mythos der sogenannten ‚Willkommenskultur‘, der mit der Zeit immer mehr von der Realität eingeholt wurde.

Seit 2015 zählen wir ca. 3 Mio. Asylanträge. Hinzu kommen fast eine Million Zugänge über den Familiennachzug und freiwillige Aufnahmeprogramme, insbesondere höchst sicherheitsrelevant ca. 37.000 Aufnahmen aus Afghanistan. Diesen Aufnahmen stehen nur marginal niedrige Rückführungszahlen von bundesweit zuletzt 20.084 Personen im Jahr 2024 gegenüber.

Die dadurch verursachten Probleme zeigen sich in fast allen Bereichen, angefangen bei den Kosten.

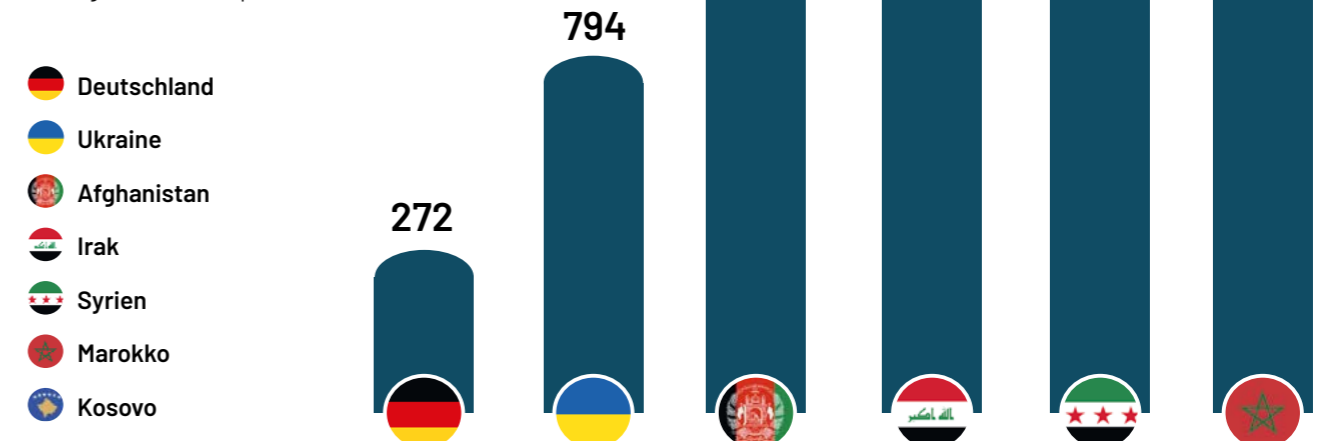
WEITER AUF SEITE 21 >>>



Tatverdächtigenbelastungszahl (TVBZ/Männer) im Bereich Gewaltkriminalität – GESAMT

Die Tatverdächtigenbelastungszahl (TVBZ) ist die Zahl der ermittelten ansässigen Tatverdächtigen umgerechnet auf 100.000 Einwohner des entsprechenden Bevölkerungsanteils, jeweils ohne Kinder unter 8 Jahren.

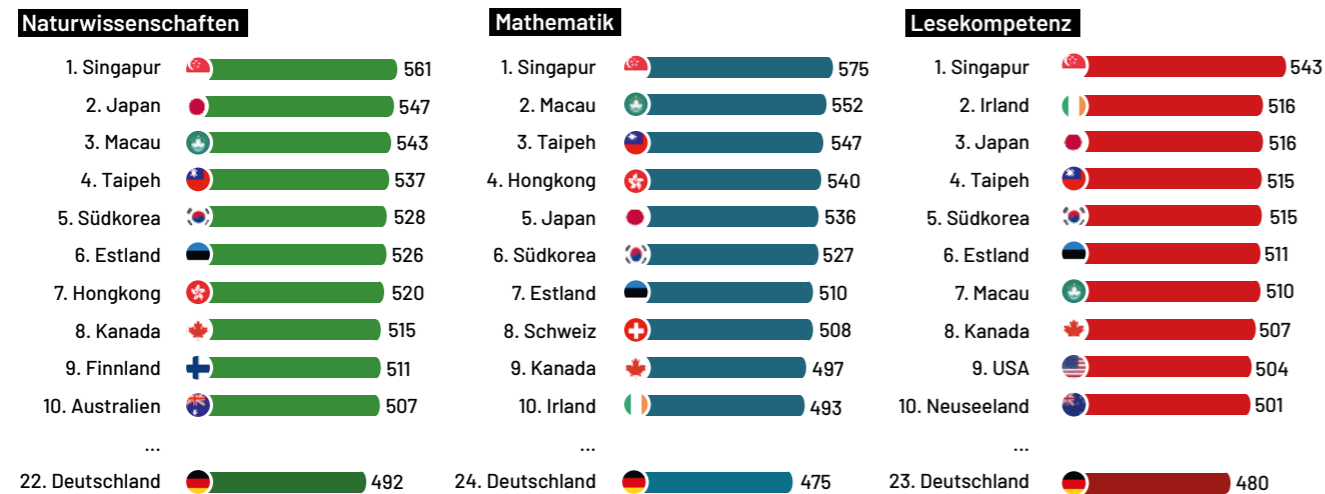
Die Zahlen zeigen, dass Personen aus den Asyl-Hauptherkunftsländern in der Kriminalitätsbelastung massiv überrepräsentiert sind.



Quelle: Deutscher Bundestag, Drucksache 21/145

PISA-Ergebnisse in Deutschland und im Internationalen Vergleich

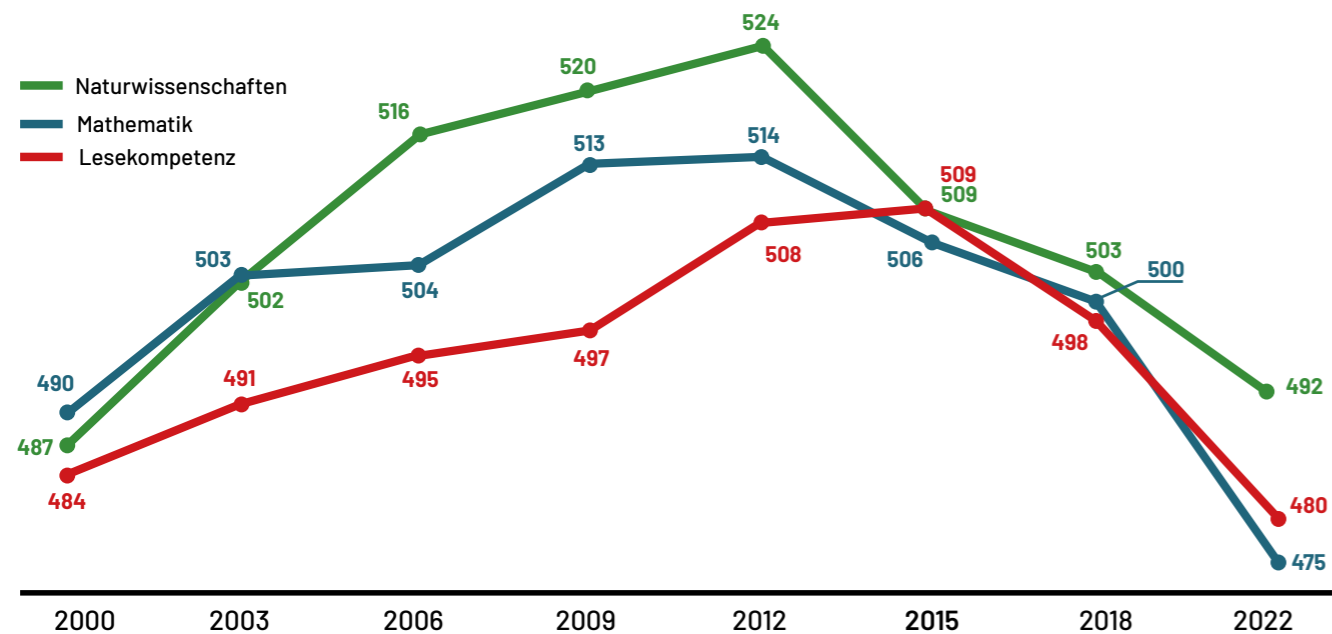
Internationale PISA-Ergebnisse 2022



PISA-Ergebnisse in Deutschland (2000–2022)

Die Durchschnittswerte der OECD-Länder lagen 2022 um 480 Punkte. Ein Leistungsunterschied von 43 Punkten entspricht beispielsweise in der Mathematik einem Lernvorsprung von fast eineinhalb Schuljahren. Zwischen 2012 und 2022 betrug der Leistungsabfall hierzulande 39 Punkte. Ähnlich dramatisch sieht es in den Bereichen Lesekompetenz (- 28 Punkte) und Naturwissenschaften (- 32 Punkte) aus. Übersetzt haben sich die Schüler in Deutschland seit 2012 um mindestens ein Schuljahr (!) verschlechtert.

Damit liegt Deutschland nur noch knapp über dem OECD-Durchschnitt mit Punktzahlen wie vor 20 Jahren. Das erklärt dann wiederum auch die oftmals mangelnde Studierfähigkeit und die Quote der Studienabbrecher, mit verheerenden Folgen für die Nachwuchsgewinnung unserer Wirtschaft. Irritierend ist zudem, wie sehr Deutschland im internationalen Vergleich immer rasanter den Anschluss verliert, insbesondere zu ostasiatischen Ländern.



Quelle: OECD PISA-Ergebnisse

Die Wohnungssuche, insbesondere in Großstädten, gestaltet sich für die normale Bevölkerung als teils unlösbares Problem, da sich Angebot und (zusätzliche) Nachfrage in einem krassen Missverhältnis zueinander befinden. Das Bildungswesen ist mit der hohen Anzahl zusätzlicher, zumeist der deutschen Sprache nicht mächtiger Schüler komplett überfordert. Ein normaler Unterricht ist oftmals kaum noch möglich.

Die Kosten für ALG-II- bzw. Bürgergeld-Leistungen und auch für Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz laufen völlig aus dem Ruder. Der Ausländeranteil unter den Bürgergeldempfängern hat sich von 21,8 % im Jahr 2014 auf derzeit 47,2 % oder in Zahlen ca. 2,6 Mio. Menschen erhöht. Die SGB-II-Quote (Zweites Sozialgesetzbuch – Grundversicherung für Arbeitssuchende/„Bürgergeld“) für Personen aus den Top-8-Asylherkunftsländern betrug bundesweit zuletzt 42,8 %, bei Ukrainern sogar 56,9 %.

Ähnlich dramatisch stellt sich die Lage bei den Sozialversicherungen dar, die allesamt kurz vor dem Kollaps stehen. Auch die Kommunen befinden sich längst am Rande ihrer Leistungs-, Integrations- und Aufnahmefähigkeit bzw. bereits weit darüber.

Schließlich hat sich in den letzten 10 Jahren ein gewaltiges Sicherheitsproblem ergeben, wobei die Ereignisse der Silvesternacht 2015/2016 auf der Kölner Domplatte im Nachhinein nur den Auftakt, einen Vorgeschmack auf Kommendes bilden sollten. Die Polizeiliche Kriminalstatistik weist eine deutliche Überrepräsentanz von Personen aus den Asyl-Hauptherkunftsländern auf, insbesondere auch bei Gewalt-, Raub-, Sexual- und Drogendelikten. Die Anzahl der Gruppenvergewaltigungen hat sich von 2015 (400 Fälle) bis 2024 (788 Fälle) fast verdoppelt.

Die Anzahl islamistischer Terroranschläge, wie zuletzt beim Festival der Vielfalt in Solingen, hat dramatische Ausmaße angenommen. Viel zu viele Menschen haben seit 2015 ihr Leben gelassen oder sind teils schwer verletzt worden, verursacht durch Menschen, die nach geltender Rechtslage nicht im Land sein dürften.

Sicherheitsgefährdend sind auch die mittlerweile 462 Gefährder und 518 Relevanten Personen in den Kategorien islamistischer Extremismus und auslandsbezogener Extremismus.

Bleibt am Ende die Frage, was aus dem „Links ist vorbei“ von Friedrich Merz und seiner Ankündigung der konsequenten Abweisung illegal Einreisender an der deutschen Grenze – freilich als Teil des Wahlkampfs – geworden ist:

Im Zeitraum 8. Mai bis 31. August 2025 wurde insgesamt 692 Personen an unserer Grenze im Falle eines Asylgesuchs die Einreise verweigert – also lediglich ca. 6 Personen pro Tag. Im gleichen Zeitraum stellten in Deutschland 30.872 Personen einen Erstantrag auf Asyl. Anders ausgedrückt: Es werden weiterhin 98 % der Asylsuchenden ins Land gelassen.

IM REKORDTEMPO WERDEN DERZEIT SYRER EINGEBÜRGERT, OBWOHL ASSAD GESTÜRZT UND DER KRIEG VORBEI IST

Ähnlich verhält es sich beim Familiennachzug. Einschränkungen betreffen lediglich subsidiär Schutzberechtigte oder, anders ausgedrückt, nur 10 % der Fälle.

Im Rekordtempo werden derzeit Syrer eingebürgert, obwohl Assad gestürzt und der Krieg vorbei ist und aus der Türkei bereits hunderttausende Syrer wieder in ihr Heimatland zurückkehren. Aus Afghanistan wiederum werden mehr angebliche Ortskräfte eingeflogen als Personen abgeschoben, obwohl diese Aufnahmeprogramme doch angeblich enden sollten.

Kommen wir aber jetzt zur entscheidenden Frage, ob ‚wir‘ ‚es‘ geschafft haben. Die Antwort hierauf kann nur ein eindeutiges Nein sein. Wir – der Souverän – wurden zudem nicht einmal gefragt, ob wir ‚es‘ überhaupt schaffen wollen.

Festhalten lässt sich, dass es auch unter Kanzler Merz keine entscheidende Wende geben wird. Diese wird es nur mit uns geben – mit der AfD.



SVEN W. TRITSCHLER, MDL
STELLV. FRAKTIONSVORSITZENDER
SPRECHER FÜR HEIMAT- UND KOMMUNALPOLITIK

Kommunalwahl in NRW:

KAMMERFLIMMERN

IN DER EINSTIGEN HERZKAMMER

Die Altparteien haben es kommen sehen: Der 14. September 2025 würde kein guter Tag werden für sie in Nordrhein-Westfalen. Aber wie man es von ihnen gewohnt war, wollten sie die Macht nicht so einfach aus den Händen geben.

Nach dem Motto ‚Das Wahlrecht ist einfacher zu manipulieren als der Wähler‘ gab es in den vergangenen Jahren immer wieder Versuche, durch Prozenzhürden und andere Berechnungsverfahren die Spielregeln zugunsten der eigenen Parteien zu ändern. Das scheiterte glücklicherweise in jedem einzelnen Fall am NRW-Verfassungsgerichtshof in Münster.

Da Grüne, SPD und CDU also die Zusammensetzung der Gremien nicht ändern konnten bzw. durften, verlagerten sie ihre Anstrengungen auf die Spielregeln und peitschten kurz vor der Sommerpause und damit der Kommunalwahl einen Gesetzentwurf durch, der massive Auswirkungen auf die Gremienarbeit haben wird.

Auffälligste Neuerung: Die Mindestgrößen für Fraktionen werden deutlich angehoben. Was wohl gedacht war, um die AfD von wichtigen Mitwirkungsrechten in den Räten und Kreistagen fernzuhalten, wird sie allerdings aufgrund ihres starken Kommunalwahlergebnisses kaum noch treffen. Stattdessen werden unabhängige Wählergruppen und die schwindsüchtige FDP ausgebremst.

Auch neu: Die Sitzungsleiter, also Landräte und Bürgermeister, dürfen empfindliche Bußgelder verhängen, wenn sie der Auffassung sind, Mitglieder des Kreistags, Stadt- oder Gemeinderats würden die Ordnung stören. Aus dem Bundestag und den Landesparlamenten ist schon bekannt,

zu welchen Willkür excessen solche Regeln führen können. Im Kommunalen kommt aber erschwerend hinzu, dass es sich um ehrenamtlich tätige Politiker handelt und dass die Sitzungen (anders als von der AfD gefordert) häufig nicht per Video mitgeschnitten werden. Die Missbrauchsgefahr ist also hoch und es ist zu erwarten, dass sich die Gerichte noch intensiv mit der neuen Gesetzgebung befassen müssen.

Allen Bemühungen der Kartellparteien zum Trotz konnte die AfD Nordrhein-Westfalen im September ein historisches Ergebnis einfahren: Auf Ebene der Kreise und kreisfreien Städte wurde das Wahlergebnis verdreifacht. In drei Großstädten, Gelsenkirchen, Hagen und Duisburg, gelang es unseren Oberbürgermeisterkandidaten in die Stichwahl einzuziehen.

Doch diese Zahlen spiegeln nur einen geringen Teil der eigentlichen Leistung wider: In vielen kreisangehörigen Städten und Gemeinden trat die AfD zum ersten Mal an und schaffte aus dem Stand den Einzug in das Kommunalparlament in Fraktionsstärke. Über 2.200 Mandate wurden so errungen und rund 1.800 AfD-Mandatsträger gewählt.

Auch für uns im Landtag ist das ein erfreuliches Ergebnis. Denn als neue Volkspartei können wir auf die Verankerung vor Ort nicht verzichten. Es wird daher unser Augenmerk sein, den Informationsfluss von und zu den Kommunalfraktionen zu stärken und auszubauen.

Mit der neuen Kommunalwahlperiode bricht jedenfalls eine neue Ära in der nordrhein-westfälischen Politik an. Die AfD ist auf dem Weg zur Volkspartei, auch im Westen.



Illustrative Überarbeitung von KI-generiertem Motiv (ChatGPT, Midjourney)



DR. HARTMUT BEUCKER, MDL
SPRECHER FÜR HAUSHALTS- UND FINANZPOLITIK

Warum folgt Deutschland **FRANKREICH** auf dem **Weg** in den **Bankrott**?

Der französische Schuldenberg wächst immer weiter mit politischen Folgen. Im September scheiterte François Bayrou als Premierminister an einer Vertrauensfrage, als er ein Spar- und Haushaltspaket durchbringen wollte. Sein Nachfolger Lecornu trat nach nur 27 Tagen zurück, wenn er auch zwischenzeitlich wieder im Amt ist. Die Refinanzierungskosten für französische Staatsanleihen sind gestiegen. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt lag Frankreich vor 15 Jahren noch auf derselben Höhe wie Deutschland. Dabei scheinen Deutschland und NRW Frankreich nicht als mahnendes Beispiel zu betrachten: Hier sollen ähnliche Schuldenberge aufgebaut werden. Die sind nicht so stabil wie die Alpen und kollabieren irgendwann mit desaströsen Folgen für die Bürger: steigende Steuern, drastisch gekürzte Staatsausgaben und massive Inflation.

Frankreichs Schulden liegen aktuell bei 116 % des Bruttoinlandsprodukts, also höher als die jährliche Wirtschaftsleistung –

in absoluten Zahlen 3,3 Billionen Staatsschulden. Die Stabilitätskriterien der Eurozone sehen eigentlich vor, dass die Gesamtverschuldung eines Staates nicht über 60 % liegen darf.

DIE DEUTSCHEN SPAREINLAGEN WERDEN IN DER FOLGE ENTWERTET UND INDIREKT FRANKREICH FINANZIEREN

Die Ratingagentur Fitch hat Frankreich nach dem Scheitern der Regierung Bayrou auf A+ zurückgestuft. Eine schlechtere Bewertung führt langfristig zu höheren Refinanzierungskosten an Kapitalmärkten. Die anderen Agenturen halten

Frankreich zwar noch eine Stufe darüber, es ist aber klar, wo die Reise hingeht. Lecornu war bereits der dritte Premier nach den Wahlen 2024. Alle sind an unklaren Verhältnissen im Parlament gescheitert: Präsident Macron verfügt über keine eigene Mehrheit. Lecornu will jetzt mit einem Aussetzen der Rentenreform die Sozialisten für sich gewinnen. Dabei hat die Pariser Elite wohl Angst davor, dass die notwendigen Ausgabenkürzungen zu Aufständen in migrantisch geprägten Vorstädten führen könnten. Ein wirklicher Ausweg aus der Schuldenspirale wird nicht aufgezeigt.

Was ist, wenn die Finanzmärkte Frankreich das Vertrauen entziehen? Ein klassischer Staatsbankrott ist undenkbar, da Paris ‚too big to fail‘ ist. Die Europäische Zentralbank wird Gewähr bei Fuß stehen und Geld drucken. Die deutschen Spareinlagen werden in der Folge entwertet und indirekt Frankreich finanzieren.

In Deutschland und NRW sollten wir aber nicht zuerst mit dem

Finger auf andere zeigen. Wir müssen selbst ordentlich wirtschaften, bevor wir das bei anderen einfordern. Die noch vorhandene deutsche Solidarität führt dazu, dass wir uns zu geringeren Zinskosten refinanzieren. Die Renditen für 30-jährige deutsche Staatsanleihen liegen bei ‚nur‘ 3,3 % – in Frankreich sind es Mitte Oktober 4,4 %, ein erheblicher Risikoaufschlag. Aber wie lange bleibt das noch so? Finanzminister Klingbeil (SPD) nimmt ganz beherzt neue Schulden auf, im laufenden Jahr 140 Mrd. Euro. 2026 soll jeder dritte Euro des Bundeshaushalts kreditfinanziert sein. Die deutsche Staatsverschuldung liegt zwar noch bei 64 %, ernsthafte Sparbemühungen sind aber nicht bekannt. Noch geben alle Ratingagenturen die Bestnote AAA. An den Märkten gibt

es aber schon Hinweise, dass in Zukunft unsere Schuldzinsen steigen werden.

Auch in NRW nimmt man die neuen Verschuldungsmöglichkeiten dank der Hauruck-Grundgesetzänderungen gerne in Anspruch. Für das kommende Jahr sollen 4,5 Mrd. Euro neue Schulden aufgenommen werden. Das Gesamtvolumen des Haushalts liegt bei 112 Mrd., die Kapitalmarktverschuldung bei über 160 Mrd. Die meisten Ratingagenturen beurteilen NRW mit AAA, abgeleitet von der Bonität des Bundes, S&P nur noch mit AA – die deutsche Bonität hat Risse, wenn das größte Bundesland nicht als absoluter Premiumschuldner gilt.

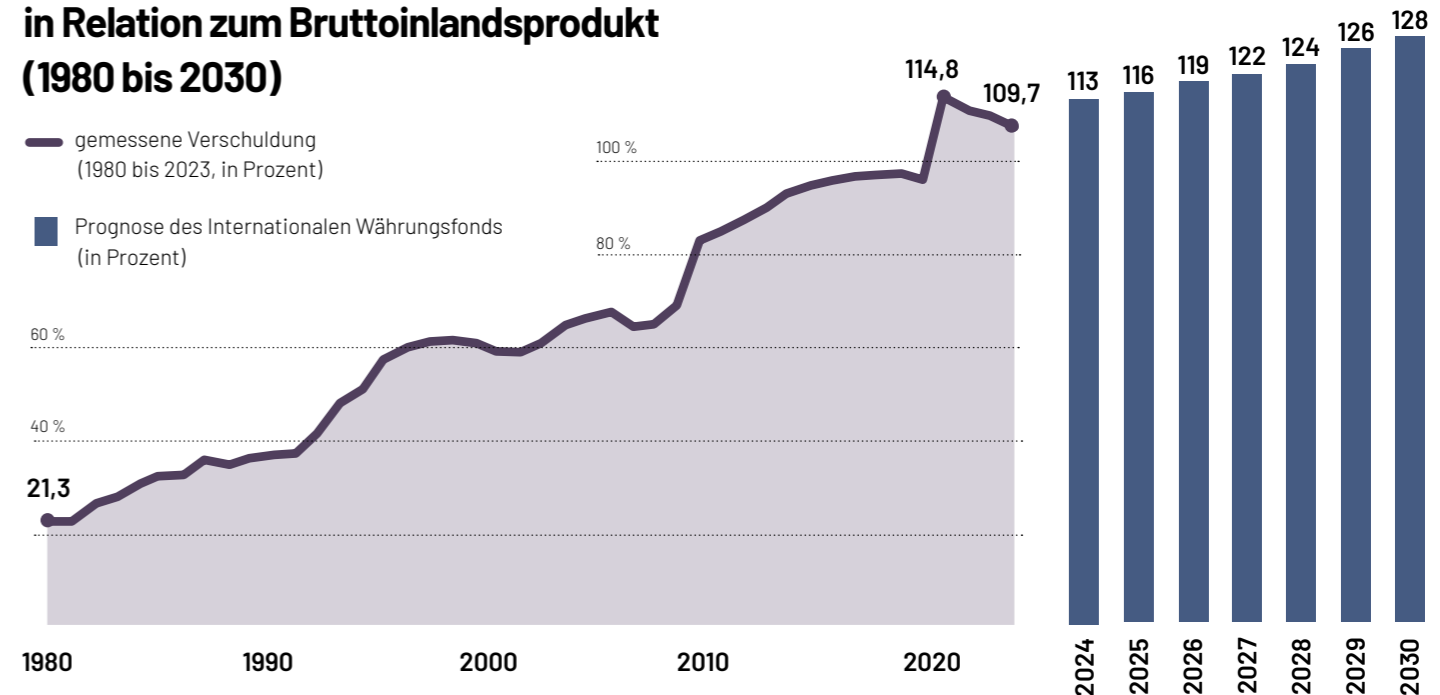
Irgendwie scheint jeder in Berlin und Düsseldorf weiterzuma-

chen nach dem Motto: Es ist noch immer gut gegangen. Man will sich gar nicht vorstellen, was passiert, wenn Deutschland stolpert. Dann bringt auch die EZB nicht mehr viel. Bei einem Finanzkollaps würde das Geld entwertet, der Sozialstaat zusammenbrechen, die Souveränität abhanden kommen – politische Entscheidungen würden dann nicht mehr in demokratisch gewählten Parlamenten, sondern in Peking, den Golfstaaten und Washington gefällt.

Wir müssen jetzt gegensteuern. Finanzielle Solidität ist ein wichtiger Schutz in einer rauer werdenden Weltgemeinschaft. Die AfD wird im Rahmen der laufenden Haushaltsberatungen entsprechende Einsparpotenziale aufzeigen.



Staatsverschuldung von Frankreich in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (1980 bis 2030)



Quelle: Internationaler Währungsfond
Gargoyle: Illustrative Überarbeitung von KI-generiertem Motiv (ChatGPT)



MARKUS WAGNER, MDL
STELLV. FRAKTIONSVORSITZENDER
SPRECHER FÜR INNENPOLITIK

Neue Normalität: GRUPPENVERGEWALTIGUNG

Wissen Sie noch? Es gab Zeiten, da kannten wir keine Überschriften wie „Fußgängerzone: Bluttiger Angriff mit Macheten“. Es war uns unbekannt, den Personalausweis statt an der Grenze beim Betreten des Freibades vorzeigen zu müssen. Weihnachtsmärkte hießen noch so, keiner fuhr Hunderte von Menschen über den Haufen. Private Sicherheitsdienste waren etwas für neuralgische Objekte, nicht für Supermärkte.

Deutschland war ein Land, in dem wir gut und gerne lebten. Die Grenzen waren geschützt. Alles in allem lief es gut, wir Bürger hatten Zuversicht. Es ging bergauf. Dann ging es Stück für Stück bergab, ab 2015 im Turbo. Das Straßenbild verändert sich, die Sozialausgaben steigen, die Kriminalität explodiert. Immer mehr wollen fliehen und wandern aus.

Und es kommen neue Begriffe in unseren Wortschatz. Einer davon ist ‚Gruppenvergewaltigung‘. Mittlerweile gibt es davon in Deutschland laut Polizeistatistik knapp zwei jeden Tag. Die wenigsten Übergriffe schaffen es in die Presse – ganz zu schweigen vom Dunkelfeld der nicht polizeilich erfassten Fälle.

Eine Vergewaltigung stellt eine massive Verletzung der Persönlichkeit und körperlichen Unversehrtheit dar. Mädchen und Frauen erleben in dieser Situation einen völligen Kontrollverlust über Körper und Willen. Ihnen wird der Wille einer anderen Person mit Gewalt aufgezwungen, und das im sehr sensiblen Bereich der sexuellen Selbstbestimmung. Auch wenn physische Ver-

letzungen nach einiger Zeit vollständig abgeheilt sein mögen, leiden viele Opfer ihr gesamtes Leben lang an den psychischen Folgen. Ein besonders abscheuliches Sexualverbrechen sind Gruppenvergewaltigungen.

Genieß es doch! – Das sagte die Gruppe um die beiden Iraker Diar M. und Roschwan R. ihrem 18-jährigen Opfer, als sie dem jungen Mädchen ins Gesicht schlugen und sie wieder und wieder vergewaltigten – drumherum sechs Freunde, die das Verbrechen abdeckten und die Haupttäter noch anfeuerten. Geschehen ist das in Herford, 15 km von meinem Wohnort entfernt.

Niemand sollte sich an solch eine angeblich neue Realität gewöhnen. Wir haben mit einer Kleinen Anfrage beim Innenminister nachgefragt: Wie viele Fälle von Gruppenvergewaltigungen gab es 2024 in Nordrhein-Westfalen? Wer sind die Täter? Das Ergebnis: Allein in NRW gab es das 219-mal. Vier Mal in der Woche gibt es einen solchen Fall, gibt es Frauen, die Opfer dieser perfiden Gruppenvergewaltigungen werden.

Und die Täter? Die haben zu 78 % ausländische Wurzeln. Etwa 50 % haben eine ausländische Staatsangehörigkeit, unter den Deutschen hat mehr als die Hälfte Vornamen wie Hassan, Ekrem oder Abdullah. Natürlich ist klar, dass nicht jeder Migrant kriminell ist. Die meisten sind es nicht. Viele unserer ausländischstämmigen Freunde und Kollegen sind über den Zustand Deutschlands genauso entsetzt wie wir, die seit Jahrhunderten hier leben. Sie sind genau in das Deutsch-

land gekommen, das wir kannten und liebten und das sie kannten und liebten. Wir sehen doch alle zusammen, was passiert.

ES IST – DAS MUSS MAN SO KLAR SAGEN – EINE POLITISCH VERANTWORTETE KRIMINALITÄT

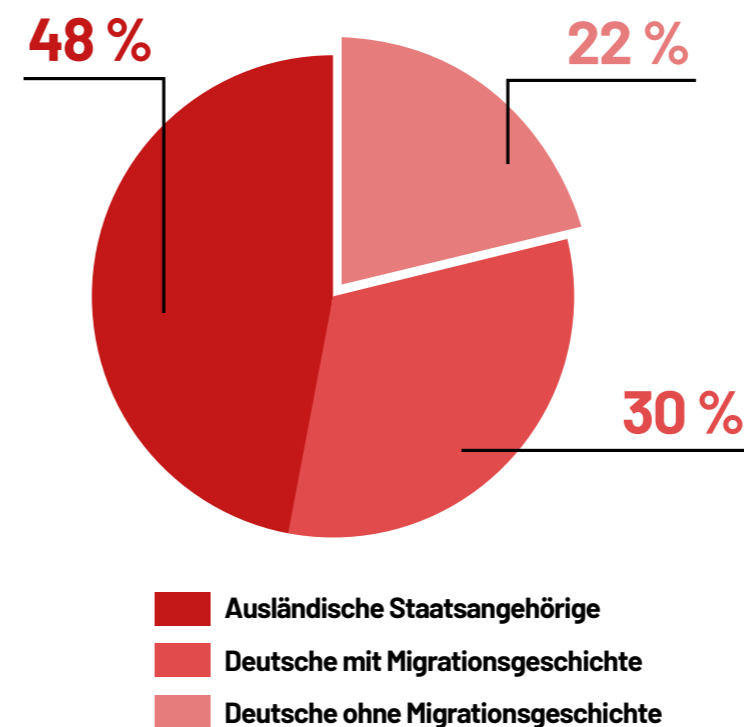
Wir alle wissen, was es bedeutet, wenn Tageschau und Rheinische Post wieder mit „Gruppe junger Männer“, „Großfamilie“ oder anderen Veruschungsbegriffen operieren. Wir können alle sehen: 78 % der Tatverdächtigen haben Migra-

tionshintergrund. Das ist mehr als fünfmal so viel wie der entsprechende Bevölkerungsanteil. Gerade hat das Bundeskriminalamt die neuesten Zahlen veröffentlicht. Algerier sind demnach 56-mal so kriminell wie Deutsche.

Die Regierungen aus den Kartellparteien Grüne, SPD, FDP und CDU importieren zu häufig Judenhasser, Bürgergeldempfänger und Kriminelle – millionenfach. Aber diese Parteien machen so weiter. Sie produzieren damit neue Opfer. Es ist – das muss man so klar sagen – eine politisch verantwortete Kriminalität. Jede Gruppenvergewaltigung ist strafrechtlich betrachtet natürlich die Schuld der Täter. Aber insgesamt gesehen sind die alten Parteien politisch dafür mitverantwortlich.

Wir haben deshalb als AfD-Fraktion beantragt: Hoch mit der Mindeststrafe für die Täter! Es kann doch nicht wahr sein, dass im Regelfall im untersten Drittel des Strafrahmens geurteilt wird. Klar ist auch: Jeder ausländische Gruppenvergewaltiger ist einer zu viel. Wir wollen ihn hier nicht haben.

Für die AfD verspreche ich: Wir werden sie abschieben – endlich.



219 Gruppenvergewaltigungen in Nordrhein-Westfalen (2024)

Im Jahr 2024 wurden in NRW laut Auskunft der Landesregierung auf Anfrage der AfD-Fraktion insgesamt 300 Tatverdächtige von Gruppenvergewaltigungen erfasst. Davon hatten 48 % ausschließlich eine ausländische Staatsangehörigkeit, 30 % eine Migrationsgeschichte und 22 % der Täter waren Deutsche ohne Migrationsgeschichte.

Quelle: Antwort der Landesregierung (Drucksache: 18/14077) auf eine Kleine Anfrage der AfD-Fraktion (Drucksache: 18/13519)

PORTRÄT IM GESPRÄCH MIT CARLO CLEMENS

Obwohl Carlo Clemens erst 36 Jahre alt ist, gehört er zu den verdientesten Mitgliedern der Alternative für Deutschland. Im Frühsommer 2013 stieß er in Köln als Student dazu und engagierte sich beim Aufbau des Kreisverbands, zunächst als Pressesprecher. Davor war er bereits viele Jahre im konservativen und islamkritischen Milieu aktiv, unter anderem als Autor der Wochenzeitung Junge Freiheit, deren Jungautorenwettbewerb er 2009 gewann, bei der Blauen Narzisse, dem ersten genuin konservativen Jugendmagazin, zeitweilig auch bei der Hayek-Gesellschaft.

„Ich fand Politik immer faszinierend. Das fing in der frühen Jugend an, als ich im Politikunterricht gerne linke Lehrer provozierte“, erzählt Clemens. „Mein Engagement war an keine Partei gebunden. Da gab es schlicht nichts, was mich überzeugte.“ Wie kam es zum Eintritt in die noch sehr junge AfD? „Jeder, der mich kennt, weiß: Ich hasse Ungerechtigkeit. Damals grenzte man Bernd Lucke in Talkshows aus, verleumdete ihn trotz seiner berechtigten Anliegen. Da ich schon lange auf eine seriöse Partei rechts der CDU wartete, wollte ich nun selber anpacken. In die AfD setzte ich meine Hoffnungen. Mit einem so historischen Aufstieg hat damals aber niemand gerechnet.“

MEIN POLITISCHER ANTRIEB IST, DASS ES SICH FAMILIEN WIEDER LEISTEN KÖNNEN, IHREN TRAUM VON DEN EIGENEN VIER WÄNDEN ZU ERFÜLLEN

Spulen wir zwölf Jahre vor: Clemens ist nicht mehr Lehramtsstudent und Hobbyautor, sondern studierter Historiker und Germanist, zwei-

facher Familienvater und Landtagsabgeordneter. Man könnte sagen, er ist mit der Partei erwachsen geworden. Im Landtag beschäftigt er sich als fachpolitischer Sprecher mit Bauen und Wohnen. Dabei interessiert ihn nicht nur technokratisch die Versorgung breiter Schichten mit bezahlbarem Wohnraum, sondern auch die kulturelle Seite. „In Nordrhein-Westfalen haben sich vielfältige regionale Baustile entwickelt. Gebaute Heimat ist ein wichtiger Teil unserer Geschichte. Wir müssen sie bewahren vor gleichgültigen, faktisch oftmals hässlichen Bauten der Gegenwart“, betont der Wahl-Rheinländer. Wenn er heute durch die Kreise reist, dann nicht nur, um Vorträge über Baukultur und Wohnungsnot zu halten, sondern auch, um Baugeschichte vor Ort kennen zu lernen.

Carlo Clemens, eigentlich Stadtkind, liebt die Natur. Wann immer Zeit ist, zieht es ihn mit Frau und Kindern zu Ausflügen und langen Spaziergängen. Sie wohnen längst ländlicher, im Rheinisch-Bergischen Kreis vor den Toren Kölns. „Ich genieße es, hier meine kleine Scholle zu haben. Mein politischer Antrieb ist, dass es sich Familien wieder leisten können, ihren Traum von den eigenen vier Wänden zu erfüllen“, so der Deutsch-Philippiner, der in einfachen Verhältnissen aufwuchs.

Naturverbundenheit ist für Clemens aber auch ein konservatives Prinzip: „Nachhaltig heißt: Man entnimmt nicht mehr, als nachwachsen kann. Wenn ich mir die maßlose Flächenversiegelung und Landschaftverschandelung – ob durch planlose Zersiedelung oder Windparks – ansehe, dann kann ich das nicht gutheißen.“

Clemens hatte nicht immer vor Politiker zu werden. Ohne die AfD wäre der im Rhein-Main-Gebiet aufgewachsene Bamberger heute wohl Lehrer. Für ihn ging 2022 mit der Wahl in den nordrhein-westfälischen Landtag dennoch ein Lebenstraum in Erfüllung. Mittlerweile stehen seine eigenen Kinder vor der Einschulung. Nicht ohne Eigeninteresse kann er in der Enquete-Kom-

WEITER »»



Naturverbundenheit ist für Clemens aber auch ein konservatives Prinzip: Nachhaltig heißt: Man entnimmt nicht mehr, als nachwachsen kann



„**Gebaute Heimat ist ein wichtiger Teil unserer Geschichte. Wir müssen sie bewahren vor gleichgültigen, faktisch oftmals hässlichen Bauten der Gegenwart**“

mission „Chancengleichheit in der Bildung“ seine Vorstellung von einem leistungsfähigen Schulsystem einbringen: „Ich spreche mich für relativ leistungshomogene Lerngruppen aus, wie es das mehrgliedrige Schulsystem vorsieht. Es braucht neben guten Gymnasien mehr politischen Rückhalt für die Rehabilitierung von Haupt- und Realschulen sowie Förderschulen. So kann man den individuellen Bedürfnissen und Fähigkeiten der Schüler am besten gerecht werden.“

Ausschüssen und Plenardebatten zur Sache, ist kein Lautsprecher. Was er an der AfD schätzt? „Die offene Debatte und das Ringen um das bessere Argument – so, wie es in einer Demokratie sein sollte.“ Dementsprechend bringt er sich seit Jahren in verschiedenen Landesfachausschüssen in den Programmbildungsprozess der Partei ein.

Man kann Carlo Clemens mit dem Oxymoron „junges Urgestein“ umschreiben. Vom Aufbau



TRINKT MAN MIT CARLO CLEMENS IN SEINEM WAHLKREISBÜRO EINEN KAFFEE, SO ERLEBT MAN EINEN RUHIGEN, AUSGEGLICHENEN MENSCHEN

Trinkt man mit Carlo Clemens in seinem Wahlkreisbüro in Bergisch Gladbach einen Kaffee, so erlebt man einen ruhigen, ausgeglichenen Menschen. Der Pädagoge ist ein aufmerksamer Zuhörer, diskutiert lieber über Sachthemen als über Klatsch und Tratsch in der Partei. Bei seinen Kollegen und auch den Mitarbeitern ist er als fleißig und korrekt bekannt. Er arbeitet sich akribisch in Vorlagen ein, redet in

eines Kreisverbands zur jahrelangen Arbeit in der Jugendorganisation als Bundes- und Landesvorsitzender der Jungen Alternative, vom zeitweiligen Ratsmandat in seiner Kommune bis zur Wahl in den Bundesvorstand der AfD: Er war immer ein gewissenhafter Parteisolat, der an entscheidenden Entwicklungen mitgewirkt hatte. Was plant er für die Zukunft? „Ich hoffe, dass wir irgendwann auch in Nordrhein-Westfalen in Verantwortung kommen. Wer sich an Bahnhöfen, in Schulen, auf Straßen oder in Schlüsselzweigen unserer Industrie umschaute, der kann diese Hoffnung nur teilen. Ich will nicht ewig hinter der Brandmauer in der Fundamentalopposition verharren. Ich will unser Bundesland wieder in Ordnung bringen!“, wirbt der Jungpolitiker. „Aber dafür muss auch die AfD weiter an sich arbeiten.“

Carlo Clemens' Fleiß, Beständigkeit und auch seine verbindliche, aufgeschlossene Art werden in Zukunft gefragt sein, um dieses Ziel für die AfD-Fraktion NRW zu erreichen.



ANDREAS KEITH, MDL
SPRECHER IM HAUPTAUSSCHUSS

Illegales Glücksspiel als GOLDESEL

Wie kriminelle Clans in NRW sich eine goldene Nase verdienen

Gewalt, Drogen, Schutzgelderpressung: Nordrhein-Westfalen ist seit Jahren eine Hochburg der Clan-Kriminalität. Dass die Clans auch beim illegalen Glücksspiel massiv mitmischen, wird oft übersehen. Wer aufmerksam durch die Innenstädte schreitet, wird erkennen, dass Wettbüros, Automatenbuden und ‚Fun-Games‘ wie Pilze aus dem Boden schießen. Bei Letzteren handelt es sich um Automaten, die weder reguliert sind noch eine Betriebslizenz haben. Deutschlandweit gibt es schätzungsweise 50.000 solcher Geräte, bei denen monatliche Einnahmen von bis zu 10.000 Euro nicht unüblich sind. Ein Eldorado für gerissene ‚Geschäftsmänner‘!

Die Lagebilder des Landeskriminalamts bestätigen: Glücksspiel ist für Clans nicht nur Beiwerk, sondern eine wichtige Einnahmequelle. Warum? Weil Glücksspiel ein lukratives Nebeneinkommen bietet, das im Gegensatz zum Drogenhandel nicht so stark medial und polizeilich im Fokus steht. Illegale Spielgeräte und nicht lizenzierte

Wettlokale generieren tägliche Einnahmen, und zwar ohne transparente Kassenführung. Schwarzgeld lässt sich gut verschieben und waschen. Und der Staat? Seit Jahren brüstet sich NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU) damit, eine „Politik der tausend Nadelstiche“ gegen Clan-Kriminelle zu fahren. Doch die Zahl der Straftaten steigt unentwegt. Skrupellose Clans haben sich das Land längst zur Beute gemacht. Das kriminelle Potential wurde zu lange unterschätzt und traf auf eine Gesellschaft, die darauf nicht vorbereitet war.

Das Lagebild Clankriminalität NRW 2023 dokumentiert etwa 7.000 Straftaten, die dem Clamilieu zugerechnet werden, ein Anstieg um etwa 6,5 % gegenüber dem Vorjahr. Es wurden 4.213 Tatverdächtige ermittelt. Ein Schwerpunkt der polizeilichen Kontrollen sind Shisha-Bars, Wettbüros und Gaststätten, die nicht selten zum Schein betrieben werden. In bestimmten Stadtteilen sind sie Teil des sozialen Alltags. Hier entwickeln Glücksspiele einen

besonderen Reiz, da alternative Angebote fehlen. Dabei ist der Übergang von legaler zu illegaler Tätigkeit fließend: Oft beginnen Betreiber legal, wandeln Geräte um oder betreiben sie ohne Lizenz, mischen legale und illegale Geschäfte. Das NRW-Innenministerium gibt an, 2023 1.138 Objekte bei Razzien kontrolliert zu haben. Es folgten über 600 Strafanzeigen, mehr als 1.000 Verwarngelder und 225 geschlossene Objekte, wobei unklar ist, ob dauerhaft oder nur vorübergehend.

Also alles halb so wild? Nicht ganz. Das Lagebild erfasst nur polizeilich registrierte Fälle, also das Hellfeld. Viele Gesetze und Vorschriften werden aber unterlaufen, ohne dass jemand Anzeige erstattet. Die Kontrolle von Wettlokalen, Gaststätten und Geräten ist zudem sehr aufwendig. Ordnungsbehörden, Finanzämter, Gewerbeaufsicht, Polizei und Justiz müssen eng kooperieren. Die Ordnungsämter sind allerdings personell, rechtlich und technisch kaum in der Lage, ihrer gesetzlichen Aufgabe im Bereich der Glücksspiel-

ILLEGALES GLÜCKSSPIEL IST KEINE RANDERSCHEINUNG, SONDERN EIN INTEGRALER BESTANDTEIL DER CLANÖKONOMIE

aufsicht nachzukommen. Oft fehlt es an fachlicher Qualifikation, um illegale Automaten einwandfrei als solche zu erkennen und technisch auszuwerten. Wo es dennoch gelingt, werden Verfahren oft aus Kostengründen

eingestellt. Nicht zuletzt besteht die Gefahr, bei Kontrollen beleidigt, bedroht oder sogar verletzt zu werden. Problematische Einsatzorte werden, falls möglich, gemieden.

Die Folgen? Durch Vollzugsdefizite im Bereich der Glücksspielregulierung entgehen dem Staat Einnahmen durch Steuern, Konzessionen und Gebühren. Da illegale Automaten zudem nicht denselben Spielerschutz bieten, ist langfristig auch von einer Zunahme der Spielsucht auszugehen.

Zudem müssen illegale Gewinne mithilfe von Immobilien, Gastronomie oder Scheinfirmen ‚gewaschen‘ werden. So entstehen Korruption, Schwarz-

geldumwege und Vermögensverschiebungen zu Ungunsten der Gesellschaft.

Illegales Glücksspiel ist keine Randerscheinung, sondern ein integraler Bestandteil der Clanökonomie in NRW. Solange die bestehenden Kontrolllücken, Ressourcenknappheit und regulatorische Mängel nicht angegangen werden, droht das Problem weiter verschleppt zu werden. Das Rechtsempfinden erodiert, das Vertrauen in die Behörden leidet und der gesellschaftliche Zusammenhalt bricht auseinander. Wer immer noch glaubt, mit gelegentlichen Razzien und medienwirksamen Aktionen die Ursache des Problems lösen zu können, täuscht sich.



Die Polizei, der Zoll, das Ordnungsamt und die Steuerfahndung durchsuchten gemeinsam in Duisburg Glücksspielhallen aufgrund des Verdachts des illegalen Glücksspiels.

Quelle: picture alliance/dpa



DR. CHRISTIAN BLEX, MDL
SPRECHER FÜR SCHUL- UND BILDUNGSPOLITIK

JUNGEN und MÄDCHEN

Gleichbehandlung oder Gleichmacherei?

In Nordrhein-Westfalen zeichnet sich ein erschreckendes Muster ab: Jungen erzielen trotz vergleichbarer Potenziale schlechtere Leistungen. Nur etwa 33 % erreichen das Abitur gegenüber 42 % der Mädchen. Das wirft Fragen auf: Liegt es an Strukturen, die natürliche Unterschiede ignorieren, wie sieht es mit dem Curriculum aus, werden die Stärken und Schwächen der beiden Geschlechter noch angemessen vertreten?

Eine Analyse zeigt, warum eine Nivellierung der Unterschiede kontraproduktiv ist und wie sie Jungen benachteiligt. Forschungen zeigen, dass der durchschnittliche Intelligenzquotient bei beiden Geschlechtern der einheimischen Bevölkerung unseres Landes bei etwa 100 Punkten liegt. Einige Quellen zeigen tatsächlich einen Unterschied von 4 Punkten im Mittel. Außerdem weisen Studien unter den Jungen eine höhere Varianz auf, also sowohl mehr Individuen mit sehr hohen als auch sehr niedrigen IQ-Werten. Eine Analyse zeigt, dass in 29 Studien Jungen statistisch signifikant höhere IQs erzielen, während in 20 Fällen kein Unterschied feststellbar ist.

Die Suche nach den Ursachen

In bestimmten Modellen zur IQ-Verteilung haben ca. 3 % der Jungen einen IQ von 130 oder höher, im Vergleich zu ca. 1,5 % bei Mädchen. Diese Varianz ist biologisch bedingt. Männer haben, auch korrigiert für Körpergröße, im Durchschnitt größere Gehirne, und das korreliert positiv mit der gemessenen Intelligenz. Die kognitiven Unterschiede drücken sich häufig entlang allgemeiner Unterschiede aus, etwa in spezifischen Bereichen wie

räumlichen und verbalen Fähigkeiten. Daran orientieren sich auch die Interessen und schulischen Stärken der Geschlechter.

Diese Unterschiede sind entscheidend für eine effektive Bildung. Jungen profitieren stärker von wettbewerbsorientierten, praxisnahen Ansätzen wie in MINT-Fächern (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik), wo räumliches und analytisches Denken im Vordergrund stehen. Mädchen hingegen glänzen oft in sprachlichen und sozialwissenschaftlichen Disziplinen. Eine Nivellierung, also das Ignorieren oder Ausgleichen der Stärken, ist nicht nur falsch, sondern sogar fatal. Die natürliche Vielfalt wird unterdrückt, was keine künstliche Förderung oder Quotenregelung wieder ausgleichen kann.

DIE STÄRKEN DER GESCHLECHTER ERGÄNZEN SICH IN EINER GESELLSCHAFT

Statt Gleichmacherei sollte Bildung die Komplementarität fördern. Die Stärken der Geschlechter ergänzen sich in einer Gesellschaft. Jungen bringen oft Innovation und Risikobereitschaft ein, Mädchen Empathie und Kommunikation. Fällt dies weg, fehlt es an natürlicher Dynamik. Studien warnen, dass eine einseitige Anpassung an ‚weibliche‘ Lernstile, etwa freie Gruppenarbeit, Jungen demotiviert und zu höheren Abbruchraten führt.

In NRW manifestiert sich das Problem konkret. Der Fokus auf Sprachen und der MINT-Rückbau, etwa durch fehlende Lehrkräfte und Unterrichtsausfall, schaden Mädchen weniger, die häufig bereits in der Grundschule eine halbe Klassenstufe voraus sind und bis Klasse 8 fast ein volles Jahr Vorsprung haben. Die Konsequenzen sind scharf: mehr Sitzbleiber und schlechtere Abschlüsse bei Jungen. Bundesweit sind 55 % der Hochschulreifen weiblich. Im MINT-Bereich machen aber nur ca. 22 % Frauen einen universitären Abschluss, ein erheblicher Unterschied zum OECD-Schnitt von 32 %.

VERSUCHE, EINE NEGATIVE AUFLADUNG VON IDENTITÄT ZU ERZEUGEN, SIND FÜR SCHÜLER DESTRUKTIV

Die ‚geschlechtersensible‘ Pädagogik, die auf Bundesebene und in NRW massiv gefördert wird, verschärft den Trend. Sie thematisiert oft ‚toxische Männlichkeit‘ und verknüpft natürliche Eigenschaften mit negativen, was Jungen verunsichert. Der Dissens e. V., ein von der Bundeszentrale für politische Bildung anerkannter Träger, liefert beispielsweise in einem Pamphlet folgenden Ansatz: „Neonazistische Männlichkeitskonstruktionen stehen in engem Zusammenhang mit der Herausbildung bürgerlicher Männlichkeiten“ – derartige Versuche, eine negative Aufladung von Identität zu erzeugen, sind für Schüler destruktiv. Viele solcher Fälle lassen sich in Handreichungen zur Schulentwicklung finden. Auch unter dem Deckmantel der ‚Demokratiebildung‘ finden sich vorwiegend linke philosophische Ansätze der Entgrenzung und Dekonstruktion natürlicher Zustände.

Fehlende männliche Vorbilder

Hinzu kommt das Fehlen männlicher Vorbilder. In NRW sind knapp 90 % der Grundschullehrer Frauen, in der Kita sind es sogar 92,6 %. Die Forschung zeigt, dass mangelnde männliche Bezugspersonen die Identifikation und Motivation der Jungen beeinträchtigen. Ein Antrag unserer Fraktion „Mehr männliche Lehrer an Grundschulen“

sorgte bereits 2023 für eine hitzige Plenardebatte, die Carlo Clemens mit einem treffenden Kästner-Zitat einleitete: „Man muss mehrere Vorbilder haben, um nicht eine Parodie eines Einzelnen zu werden.“ Der Antrag wurde von den anderen Fraktionen als frauenverachtend abgelehnt. Er würde Frauen nicht wertschätzen, es sei egal, welches Geschlecht ein Lehrer habe. Egal ist dies keinesfalls. Frauen und Männer sollen ihre jeweiligen Fähigkeiten einbringen. Einseitigkeit, egal in welche Richtung, ist nicht zielführend.

Fazit: Stärken stärken!

Statt Fähigkeiten zu stärken, dekonstruiert die angeblich geschlechtersensible Bildungspolitik Geschlechterrollen eben einseitig. Die Anerkennung und Akzeptanz natürlicher Unterschiede sind essenziell für ein funktionierendes Miteinander. Eine balancierte Förderung von Wettbewerb für Jungen und Kooperation für Mädchen würde beide Geschlechter voranbringen. Nivellierung ignoriert Biologie und Sozialisierung, was zu Benachteiligungen führt, wie sie in etlichen Erhebungen sichtbar werden.

CHANCENGLEICHHEIT IN DER BILDUNG WIEDERHERSTELLEN

Unser Antrag im Oktober 2025 zielte darauf ab, die Problemfelder der einseitigen Geschlechterförderung genauer zu beleuchten und ernsthaftige Lösungsansätze zu schaffen, die beiden Geschlechtern entgegenkommen und ihren Bedürfnissen entsprechen. Eine Rückkehr zu den einst hochangesehenen Disziplinen des deutschen Bildungs- und Forschungswesens, also vor allem dem naturwissenschaftlichen Bereich, eine Abkehr von hochideologischen Ansätzen quasi postmoderner Pädagogik, wie dem intersektionalistischen Feminismus, sowie eine Stärkung männlicher Lehrkräfte können eine tatsächliche Chancengleichheit in der Bildung wiederherstellen.

Hierzu braucht es weder Quoten noch paritätische Besetzungen, sondern lediglich ein Ausbleiben linker Experimente der Gleichmacherei.



CARLO CLEMENS, MDL
SPRECHER FÜR BAU- UND WOHNUNGSPOLITIK

QUO VADIS, DENKMALSCHUTZ?

Wie die Landespolitik unsere Baukultur bedroht

Dieses Jahr veröffentlichte die Deutsche Stiftung Denkmalschutz erstmals ihr Schwarzbuch der Denkmalpflege. Darin wird vor einem eklatanten Verlust an Baudenkmalern gewarnt. Das erschütternde Ergebnis ist, dass allein in den letzten zwei Jahren deutschlandweit mindestens 900 Denkmäler verloren gegangen sind – häufig unter dem Radar der Öffentlichkeit.

Diese Entwicklung geht auch an Nordrhein-Westfalen nicht vorbei. In Hagen wurden seit 2017 ganze Gründerzeit-Straßenzüge, in der Presse als „Schrottimobilien“ bezeichnet, abgerissen. 2023 erwischte es den angeblich nicht sanierungsfähigen Guttenhof in Lohmar (Rhein-Sieg) aus dem 18. Jhd., einstmalig Bürgermeistersitz.

Am Kölner Fischmarkt wurden 2024 zwei Stapelhäuschen aus dem 16.–18. Jhd. abgerissen – ein bekanntes Fotomotiv, durch schlechte Renovierungen baufällig geworden. In Willebadessen (Kreis Höxter) wurde dieses Jahr das historische Fachwerkhaus „Alte Apotheke“ abge-

rissen, nachdem die Eigentümer ihrer Sicherungspflicht nicht nachkamen, sowie der Gasthof Kloidt mit ortsbildprägendem Eckerker und Fachwerkgiebel. Es gab wohl viele weitere Fälle ohne öffentliche Aufmerksamkeit.

Die Leiterin des LVR-Amtes für Denkmalpflege bekräftigte im Mai ihre Kritik am 2022 angepassten Denkmalschutzgesetz. Seit dieser Novelle entscheiden nicht mehr die Experten der Denkmalfachämter, ob und wie ein Gebäude geschützt wird. Stattdessen sind nun Untere Denkmalbehörden zuständig, also die Kommunen. Sie können oft Denkmäler nicht angemessen erfassen. So steige das Risiko von Abrissen oder Entstellungen aus wirtschaftlichen und politischen Interessen. „Kritisch sehe ich auch die Einführung sachfremder Belange. Denn ein Denkmalschutzgesetz sollte das Ziel haben, Denkmäler zu schützen und nicht z. B. das Klima.“

Zahlreiche Denkmalpflegeverbände schlagen nun Alarm zu einem Entwurf zur Änderung der Landesbauordnung. Unter

dem Deckmantel des Katastrophenschutzes möchte das verantwortliche Bauministerium bestehende Regelungen aussetzen und Befugnisse an sich ziehen. So sollen Denkmalanlagen pauschal den Schutz verlieren, die bei der Landesverteidigung, Katastrophenfällen und „sonstigen außergewöhnlichen Ereignissen“ relevant wären. Klöster oder Villen könnten zu Lazaretten oder Lebensmittelagarn umgebaut oder gar abgerissen werden. Auf diesem Wege soll, so der Entwurf, die „Instandsetzung von militärischen Einrichtungen und zivilen Anlagen von militärischer Bedeutung erleichtert“ werden.

Für Liegenschaften von Bund und Land soll es künftig kein Antragsrecht Dritter mehr geben, sie als Denkmal einzutragen – eine weitere Entmachtung der Denkmalfachämter. Wohlge-merkt: Das Land NRW besitzt über seinen Bau- und Liegenschaftsbetrieb rund 4.800 Gebäude und 1.500 Grundstücke. Bundesbau NRW betreut 715 Liegenschaften mit über 9.000 Gebäuden.

Die Stiftung Denkmalschutz machte in ihrem Schwarzbuch Kurzzeitdenken und das Ausdünnen der Gesetze für den „leichtfertigen Umgang mit dem Erbe unserer Vorfahren“ hauptverantwortlich. Da die AfD Baudenkmal als einen kulturellen Schatz betrachtet, wird sie sich vehement für einen konsequenter Denkmalschutz stark machen.

Langenberghaus des neugotischen Bildhauers Ferdinand Langenberg (1849 – 1931)

Der Backsteinbau von 1649 wurde von Langenberg um 1880 mit einem Figurenfries nach einer Erzählung des Dichters und Theologen Johann Peter Hebel „Der seltsame Spazierritt“ und einem Fachwerk versehen. Goch, Kreis Kleve

Quelle: picture alliance/Zoonar | Stefan Ziese

Während seiner jüngsten Türkei-Reise hat der CDU-Politiker und Außenminister Johann Wadepuhl mit einer Aussage in der türkischen Zeitung Hürriyet daheim für reichlich Verwirrung gesorgt: „Es waren ganz entscheidend auch Frauen und Männer aus der Türkei, die mit harter Arbeit unter teils sehr schwierigen Umständen das sogenannte Wirtschaftswunder möglich gemacht haben – sie haben das moderne Industrieland Deutschland mit aufgebaut.“ Dieser Satz hält einer historischen Überprüfung kaum stand. Fest steht, die Gastarbeiter kamen erst, als das Wirtschaftswunder bereits in vollem Gange war. Der Satz „Die Gastarbeiter haben Deutschland aufgebaut“ ist längst zu einem geflügelten Ausdruck geworden, der vor allem Dankbarkeit ausdrücken soll. Doch wer verstehen will, wie Westdeutschland nach 1945 wieder auf die Beine kam, muss nicht nur zwischen Wiederaufbau und Wirtschaftswunder unterscheiden, sondern auch zwischen moralisch angehauchter Erinnerungspolitik und Tatsachengeschichte.

Bis Mitte der 1950er Jahre stand die junge Bundesrepublik Deutschland vor gewaltigen Herausforderungen: Die Städte waren zerstört, die Infrastruktur lag in Trümmern und Millionen Vertriebene aus den deutschen Ostgebieten Ostpreußen, Pommern, Schlesien sowie aus anderen Gebieten wie dem Sudetenland brauchten Wohnraum und Arbeit. In dieser Phase lag der Schwerpunkt nicht auf Fremdarbeitskräften, sondern auf der heimischen Bevölkerung: auf Rückkehrern, Vertriebenen, den sogenannten Trümmerfrauen, die Ziegel klopfen und Schutt wegräumen, auf Ingenieuren, Handwerkern und Unternehmern, die aus Trümmern ein neues, besseres Deutschland formen wollten. Der sogenannte Wiederaufbau wurde maßgeblich von diesen Kräften getragen, nicht von Gruppen, die erst später in großer Zahl kamen. Ausländische Arbeitskräfte spielten in dieser Phase praktisch keine Rolle. Die sogenannten ‚Gastarbeiter‘ kamen erst ab 1955, als mit Italien das erste Anwerbeabkommen geschlossen wurde. Die Währungsreform von 1948 und der technische Wiederaufbau der Industrie hatten da längst die Grundlage für den späteren Wohlstand gelegt.

Was Mitte der 1950er Jahre einsetzte, war eine Explosion des Wachstums, weil die ökonomisch aufstrebende Bundesrepublik all das produzierte, was die ganze Welt dringend brauchte: Maschinen, Fahrzeuge, Elektronik, Chemie. Vollbeschäftigung, steigende Exporte, steigende Löhne und bald auch ein Mangel an Arbeitskräften waren die Folge.

WIEDERAUFBAU IN DEUTSCHLAND UND DIE ROLLE DER GASTARBEITER

Von Iwar Matern



Wiederaufbau – Der Schutt wird weggeräumt
München am 10. Juni 1946

Quelle: IMAGO/Rolf Poss



Am 17. Mai 1952 startet der DER-Ferienexpress seinen ersten Zug am Frankfurter Hauptbahnhof. Er war ein typisches Produkt der Wirtschaftswunderzeit und Deutschlands erster Rundreisezug durch die Länder Schweiz, Italien und Österreich. In einer zwölf-tägigen Reise brachte der Ferienexpress seine Gäste nach Luzern, Lugano, Florenz, Rom, Neapel, Venedig und Innsbruck.

Quelle: picture alliance/ZB | Eisenbahnstiftung

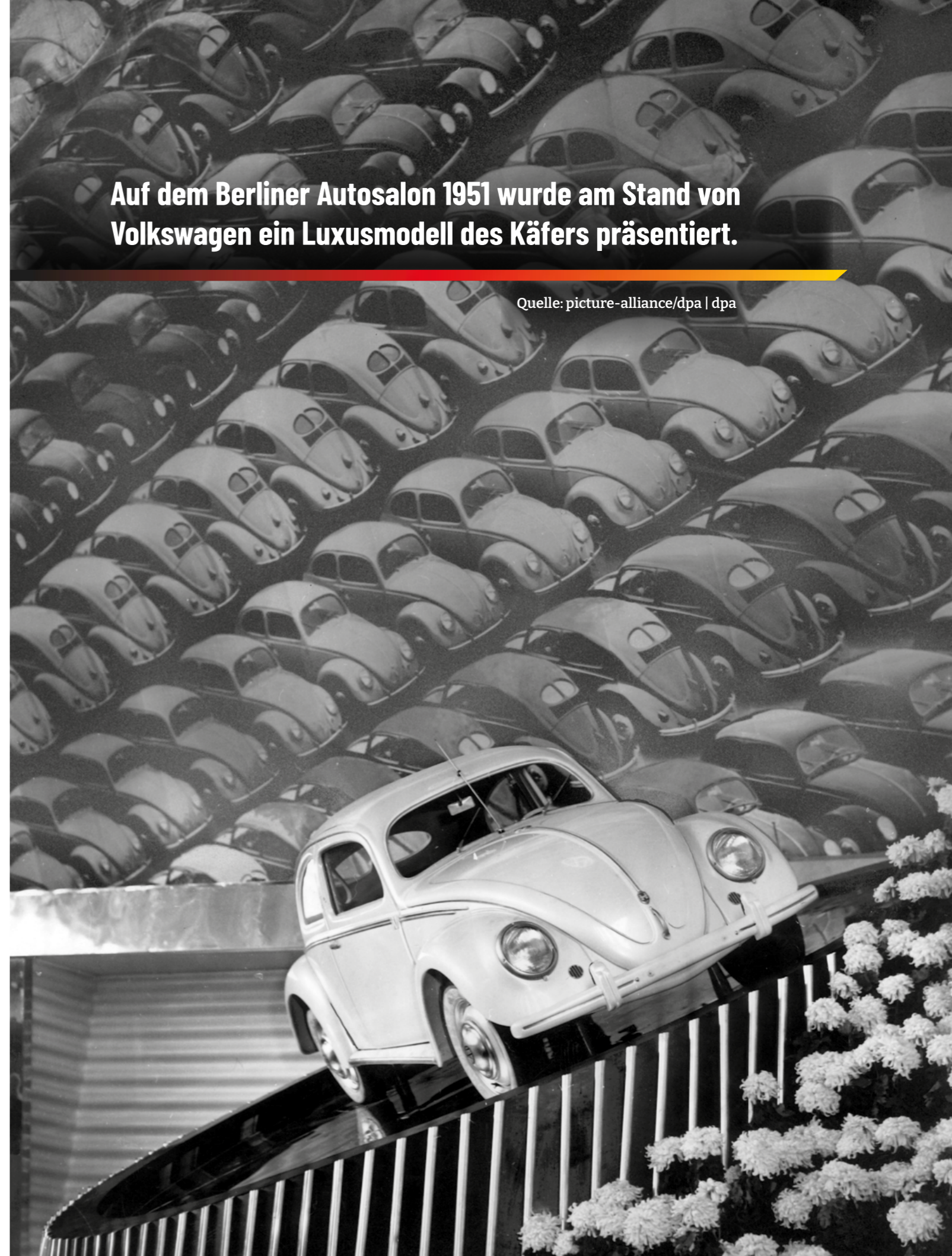
Nun kamen die Gastarbeiter – zunächst die Italiener, später folgten Spanier, Griechen, Jugoslawen und Türken. Sie arbeiteten dort, wo deutsche Fachkräfte fehlten, nämlich in Fabriken, auf Baustellen, in Zechen. Ihre Arbeit war wichtig, um das hohe Tempo der Industrialisierung zu halten. Dabei waren sie aber nicht der Ursprung dieses Wachstums, sondern sie verstetigten es. Die Bundestagsdrucksache IV/859 vom 21. Dezember 1962 belegt: Die Zahl der ausländischen Arbeitnehmer in der BRD war von 0,4 % im Jahr 1954 auf 3,1 % zum 30. Juni 1962 angestiegen. Dementsprechend lag der Anteil einheimischer Beschäftigter in diesem Zeitraum zwischen rund 97 und 99,5 %. Unter den ausländischen Arbeitskräften stellten Mitte 1962 die Italiener mit knapp 266.000 Personen die größte Gruppe, gefolgt von etwa 87.000 Spaniern, 69.000 Griechen, 47.000 Österreichern und nur gut 15.000 Türken, die damals erst in geringer Zahl in deutschen Betrieben tätig waren.

Dass Deutschland Anwerbeabkommen schloss, geschah laut zeitgenössischen Dokumenten nicht aus moralpolitischer Weitsicht, sondern einerseits aus wirtschaftlichem Pragmatismus, andererseits auf Drängen der USA und der Entsendeländer selbst, wie Historiker und Diplomatenakten belegen. Archivdokumente des Auswärtigen Amtes zeigen: Die Bundesrepublik hat Gastarbeiter nie proaktiv anwerben wollen. Sie reagierte zwar, doch sie initiierte diesen Prozess nicht. Es waren die USA, die ihre westdeutschen Verbündeten dazu drängten, einen Beitrag zur Stabilisierung der überwiegend agrarisch geprägten Mittelmeerländer zu leisten, in denen hohe Arbeitslosigkeitszahlen soziale Spannungen und politische Instabilität schürten. Washington befürchtete, dass wirtschaftlich schwache Staaten wie Italien, Griechenland und später die Türkei in den Einflussbereich der Sowjetunion geraten könnten. Als Mitglieder der NATO waren sie jedoch

zu wichtig, um sie einfach in den Ostblock zu entlassen. Die Arbeitsmigration nach Westeuropa sollte Abhilfe schaffen – als sicherheitspolitisches Ventil im Kalten Krieg. Der Fokus der US-amerikanischen Außenpolitik lag nämlich auf der Eindämmung des Kommunismus, die durch die Truman-Doktrin vom März 1947 begründet wurde. Zugleich betrieben auch die Entsendeländer selbst energisch Lobbyarbeit in Bonn, weil sie auf Rücküberweisungen der im Ausland Beschäftigten hofften, um ihre eigene Zahlungsbilanz zu stabilisieren. Denn der aus Deutschland importierte Warenwert überstieg die eigenen Exporte deutlich.

Warum aber hält sich die Vorstellung so hartnäckig, die Gastarbeiter hätten Deutschland aufgebaut? Es handelt sich um einen politisch bequemen Mythos, der einer nachträglichen Überhöhung dient, die in Zeiten von Migrationsdebatten eine positive Erzählung anbietet. Die Zeitgenossen der 1950er Jahre sahen in Deutschlands Zuwanderungspolitik weniger eine moralische Agenda, an der um jeden Preis festgehalten werden müsse, als vielmehr eine nüchterne wirtschaftliche Notwendigkeit. Die politische Rhetorik der Gegenwart – ganz egal ob in Ankara, Berlin oder Brüssel – greift diese Erzählungen heute selektiv auf, um zu emotionalisieren.

Wer die Leistung der Gastarbeiter würdigen will, tut gut daran, das realistisch zu tun. Sie kamen in ein Land, das sich schon aus den Trümmern erhoben hatte, und halfen dabei, es weiterzutragen. Aus dieser Perspektive liegt ihr Verdienst nicht im Aufbau aus Schutt und Asche, sondern in der Mitgestaltung des Wohlstands, der folgte. Geschichte ernst zu nehmen, heißt, sie nicht für politische Narrative zu vereinfachen. Denn nur ein Land, das gelernt hat, sich seiner Vergangenheit ehrlich zu stellen, kann auch seiner Zukunft selbstbewusster begegnen.



Auf dem Berliner Autosalon 1951 wurde am Stand von Volkswagen ein Luxusmodell des Käfers präsentiert.

Quelle: picture-alliance/dpa | dpa



Wärmerekorde und Nordrhein-Westfalen

Während der Extremwetterkongress in Hamburg eine „beispiellose Häufung von Wärmerekordjahren“ meldet, betrug die Durchschnittstemperatur in NRW in den letzten 12 Monaten 10,7 Grad Celsius.

Christian Loose

Kraftraum-Shuttle mit exorbitanten Kosten

Das „Kraftraum-Shuttle“ in Bergheim beförderte on-demand, also auf Anfrage, in 8 Monaten (11/24–06/25) 2685 Fahrgäste. Klingt gut, das sind aber nur 11,2 Fahrgäste/Tag. Das Geld für die nächsten drei Jahre kommt aus dem Fördertopf für den Strukturwandel im Braunkohlerevier: 8 Mio. Euro + 450.000 Euro der Kommune. Daraus ergeben sich 235.000 Euro/Monat oder 7824 Euro/Tag für 11,2 Passagiere! Geht das nicht günstiger?

Klaus Esser

Landshaushalt NRW 2026 in Zahlen

Der Haushaltsentwurf für das Jahr 2026 hat ein Volumen von 112,2 Milliarden Euro. Die Landesregierung nutzt die neuen Verschuldungsmöglichkeiten im Grundgesetz mit einer geplanten Schuldenaufnahme von 4,5 Milliarden natürlich aus. Die Zahl der Planstellen für Mitarbeiter des Landes lag 2017 bei 297.298 – im kommenden Jahr soll sie bei 333.670 liegen.

Dr. Hartmut Beucker

Drohnen: Nichts Genaues weiß man nicht

Nach der Lahmlegung des Flughafens München nach der Sichtung unbekannter Flugobjekte durch unbekannte Zeugen ließ sich auch der Landtag NRW von der allgemeinen Panik anstecken und diskutierte das Thema. Ergebnis: Wir wissen nur, dass wir nichts wissen. Die Polizei ist für solche Bedrohungen nicht gerüstet, die Bundeswehr auch nicht, soll aber dagegen eingesetzt werden. Und an allem ist wieder mal irgendwie Putin schuld.

Sven W. Tritschler



Enquetekommission „Chancengleichheit in der Bildung“

Mit einer Abschlussdebatte im Oktoberplenium endete die Enquetekommission I. Für die AfD-Fraktion brachte sich zweieinhalb Jahre der Sachverständige Oberstudiendirektor i. R. Helmut Seifen ein. Leider sorgte die ‚Brandmauer‘ auch hier dafür, dass praktische Expertise pauschal keinen Einzug in den 295-seitigen Abschlussbericht fand. In Sondervoten machen wir klar: Schule ist Lernort, kein sozialpolitischer Reparaturbetrieb! Lehrkräfte dürfen nicht mit weiteren Belastungen vom Bildungsauftrag abgehalten werden.

Carlo Clemens



Wir erinnern an

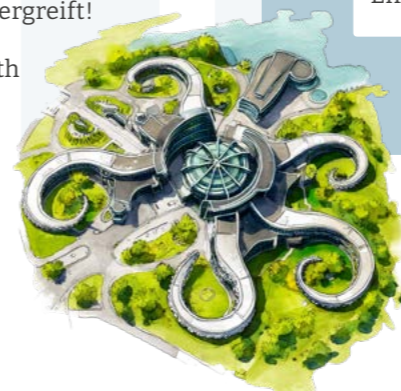
Walter Kittel, geb. 21. November 1942. Erschossen an der Berliner Mauer am 18. Oktober 1965. Er hatte sich bereits ergeben. Wir werden die Opfer der deutschen Teilung und die Schrecken der sozialistischen Diktatur niemals vergessen.

Thomas Röckemann

AfD will Landtag verkleinern

Nach der Landtagswahl 2027 droht NRW ein Monster-Landtag mit bis zu 279 Mandaten – und das bei einer Sollgröße von 181! Ursache sind die vielen Überhang- und Ausgleichsmandate. Wir finden: Eine Wahlrechtsreform, etwa durch eine Reduzierung der 128 Wahlkreise, ist überfällig. In Baden-Württemberg findet bis zum 4. November ein entsprechendes Volksbegehren statt, während Bayern die Wahlkreise schon vor 22 Jahren auf 91 reduziert hat. Das spart Millionen an Steuergeldern. Gerade in Krisenzeiten muss die Politik zuerst bei sich selbst sparen, bevor sie sich an dem hart erarbeiteten Geld der Bürger vergreift!

Andreas Keith



Deprofessionalisierung schreitet weiter voran

Die Fachkräftequote in NRW-Kitas ist auf 74 % gesunken. Damit verfügt weniger als ein Drittel (29 %) aller Einrichtungen über ein Team, das zu mindestens 82,5 % aus qualifizierten Fachkräften besteht.

Statt gegenzusteuern, plant die Landesregierung mit der KiBiz-Novelle noch mehr Ergänzungs-kräfte einzusetzen. Das bedeutet: weniger Qualität und mehr Deprofessionalisierung. Kinderbetreuung darf nicht dem Kostendruck geopfert werden.

Zacharias Schalley



Luxus-Schleuser-Skandal Hotspot Düren

Nach der Entlassung des Dürener CDU-Landrats Spelthahn wird jetzt auch gegen eine Dezernentin des Kreises Düren wegen des gewerbs- und bandenmäßigen Einschleusens von Ausländern ermittelt. Bei der Beschuldigten Sybille Haußmann handelt es sich um die Ehefrau von NRW-Verkehrsminister Oliver Krischer (beide Bündnis 90/Die Grünen) – der übrigens angibt erst aus der Presse vom Schleuserskandal erfahren zu haben.

Enxhi Seli-Zacharias



Gewalt an Schulen

Kinder in der dunklen Jahreszeit allein auf den Schulweg zu schicken, wird für viele Eltern zur schweren Abwägung. Jüngste Statistiken zeichnen nämlich ein finsternes Bild: eine Veracht-fachung von Bedrohungslagen seit 2020, steigende Gewaltbereitschaft, islamistische Attacken. Was nach Aufgaben für den Staatsschutz klingt, wird zur fast täglichen Feuerprobe für Lehrer und Schüler. Mit einer Lösung an den Schulen selbst kann kaum gerechnet werden. Die Sozial- und Migrationspolitik muss zusammen mit der Justiz endlich durchgreifen.

Dr. Christian Blex

Schicksalsroman

WARNUNG:
RECHTSPOPULISTEN
VERFÜHREN DIE
JUGEND!

COMIC



Der erste Besuch bei den Eltern des neuen Partners ist für viele junge Menschen ein schwerer Schritt. Heute erzählen wir Ihnen eine Geschichte von Tyrannet, brutalem Hass und einer wahren Liebe, wie sie heute immer öfter zu sehen ist.

Nicht mein Sohn m/w/d!!!

Kein Kind von mir heiratet eine konservative, heterosexuelle, white supremacy AfD-Person!

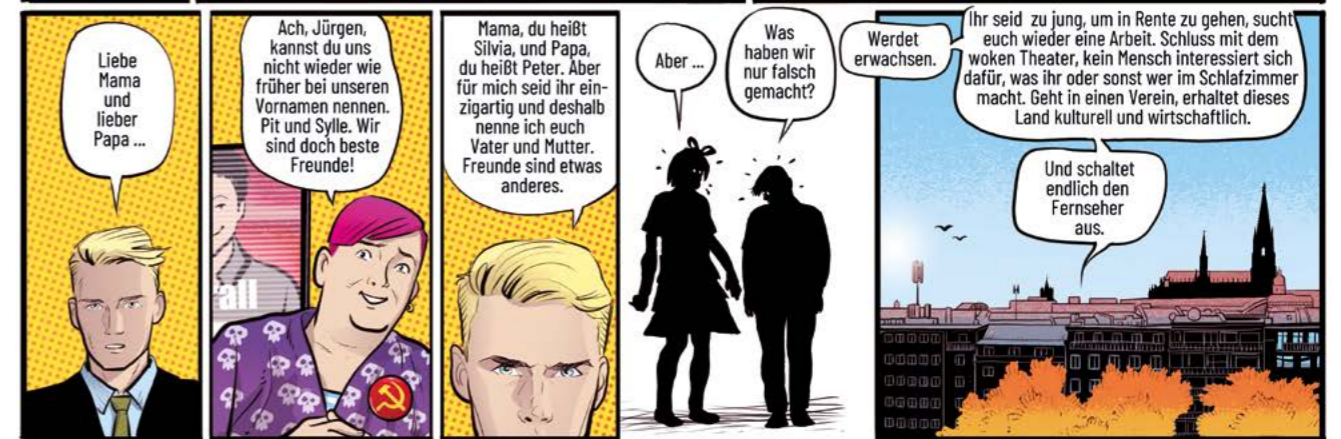
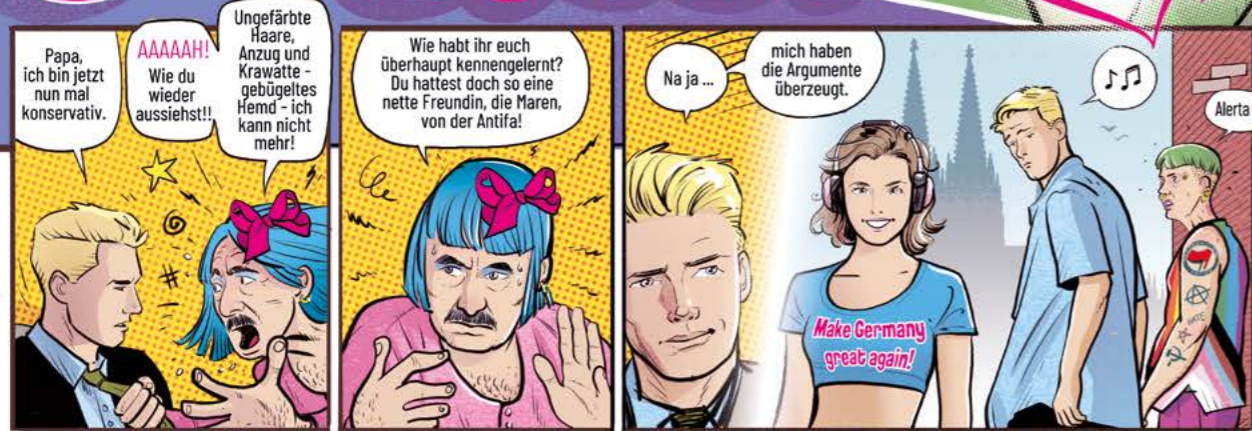
Und ich dachte immer, der Junge wäre nur sensibel.

Brandmauer der Liebe

Bei den hier dargestellten Dialogen und Sachverhalten handelt es sich um rein fiktive und satirische Darstellungen.

Emotionen aus dem wahren Leben!

Text und Zeichnungen: Paul Jansson





MARKUS FROHNMAIER
MITGLIED DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES
STELLV. FRAKTIONSVORSITZENDER
AUSSENPOLITISCHER SPRECHER DER AfD-BUNDESTAGSFRAKTION

CHINA – Partner oder Rivale für Deutschland?

Nordrhein-Westfalen kennt seine Chinesen. 2002 kaufte die Jiangsu Shagang Group die stillgelegte Westfalenhütte von Thyssen-Krupp – und ließ das traditionsreiche Werk in 4000 Containern nach China verschiffen. Was damals noch wie ein Deal mit einem Entwicklungsland wirkte, war ein frühes Zeichen für Chinas Aufstieg zur größten Volkswirtschaft der Welt (nach Kaufkraft).

Es blieb nicht dabei. Auch im Süden gab es spektakuläre Übernahmen: 2012 Putzmeister, 2016 der Roboterbauer Kuka durch den Midea-Konzern. Auch vor ‚Kritischer Infrastruktur‘ macht das chinesische Engagement keinen Halt: Die Staatsreederei Cosco hält 24,9 % an einem Terminal im Hamburger Hafen, zuvor übernahm sie bereits den Hafenbetrieb in Piräus. Huawei mischte jahrelang beim 5G-Ausbau mit, und in den USA tobt der Streit um das Eigentum an TikTok. Kurz gesagt ist China überall.

Spätestens seit dem russischen Angriff auf die Ukraine sehen auch die Grünen die chinesische Präsenz kritischer. Allerdings weniger aus Sorge um deutsche Arbeitsplätze und Wirtschaftskraft, sondern aus ideologischen Vorbehalten: China sei eine Diktatur, Menschenrechte würden missachtet und unverzeihlich sei, dass Peking die Russland-Sanktionen nicht mitträgt.

Wie also handeln? Der wertebewegten, feministischen Außenpolitik der Grünen folgen und China

zum Rivalen erklären? Oder im Namen des Freihandels auf Kapital und Investitionen setzen und China in einer multipolaren Welt als Gegengewicht zur US-Hegemonie stützen?

Beide Wege überzeugen mich als außenpolitischen Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion nicht. Moralismus taugt nicht zur Außenpolitik. Wer nur mit Regierungen spricht, die den beeindruckend doppel-moralischen Maßstäben des grünen Parteiprogramms entsprechen, verspielt pragmatischen Einfluss und die Chance, deutsche Interessen durchzusetzen. Töricht wäre es auch, vor einem unserer wichtigsten Handelspartner die Zugbrücke vollständig hochzuziehen.

Wer deutsche Interessen ernst nimmt, darf aber auch nicht so tun, als seien chinesische Staatskonzerne gewöhnliche privatwirtschaftliche Akteure. Hinter ihnen steht die politische Führung. Die Kommunistische Partei Chinas verfolgt kompromisslos ihre Ziele: von Militärbasen in Dschibuti im Rahmen der ‚Neuen Seidenstraße‘ bis zur Installation von Spionen in Abgeordnetenbüros der AfD.

Deutsche Außen- und Wirtschaftspolitik darf nicht einfach den westlichen gegen einen östlichen Hegemon eintauschen. Wir brauchen Selbstbewusstsein in einer multipolaren Welt. Handel und Zusammenarbeit mit China: Ja! Aber, um im Bild der Zugbrücke zu bleiben, wir brauchen auch einen belastbaren Burggraben zum Schutz unserer Interessen, Schlüsselindustrien und -technologien. China ist weder bloßer Partner noch bloßer Rivale, sondern ein machtbewusster Akteur. Deutschland muss ihm mit nüchternem Realismus begegnen – offen für Geschäfte, aber bereit, die eigenen strategischen Interessen zu verteidigen.

Dank deiner stillen Spende können wir laut sein!



AfD NRW
Bank: Kreissparkasse Düsseldorf
IBAN: DE42 3015 0200 0002 1864 27
BIC: WELADED1KSD
paypal.me/SpendeAfDNRW



Anzeige finanziert durch Dr. Christian Blex, Dr. Hartmut Beucker, Carlo Clemens, Klaus Esser, Andreas Keith, Christian Loose, Thomas Röckemann, Zacharias Schalley, Enxhi Seli-Zacharias, Sven Tritschler, Dr. Martin Vincentz, Markus Wagner

V.i.S.d.P.: Dr. Martin Vincentz, AfD NRW, Gladbecker Straße 5, 40472 Düsseldorf

Impressum

14. Ausgabe | Winter 2025/26

Herausgeber: AfD-Fraktion im Landtag Nordrhein-Westfalen
Sven W. Tritschler, stellv. Fraktionsvorsitzender
Platz des Landtags 1 · 40221 Düsseldorf

www.afd-fraktion.nrw

Chefredakteurin: Diana Finsterle (V.i.S.d.P., Anschrift siehe Fraktionsadresse)

Bildrecherche: Dominik Ebenberger, Björn König

Leserservice: Henning Dornauf, Steffen Postler
Ansprechpartner: Steffen Postler
Tel.: 0211 884 - 4541
Mail: blickwinkel@afd-fraktion.nrw

Autoren: Dr. Hartmut Beucker, Dr. Christian Blex, Carlo Clemens, Klaus Esser, Markus Frohnmaier, Andreas Keith, Christian Loose, Iwar Matern, Thomas Röckemann, Zacharias Schalley, Enxhi Seli-Zacharias, Sven W. Tritschler, Dr. Martin Vincentz, Markus Wagner

Cover: Illustrative Überarbeitung von KI-generiertem Motiv (Midjourney)

Bild- und Grafiknachweise:

DTP: A.M.

Grafiken und Illustrationen: Jakob Hutfelder, Paul Janson u. a.

Alle Fotos, Grafiken und Illustrationen sind Eigentum der AfD-Landtagsfraktion NRW.

Ausgenommen:

Seite 10: Joern Sackermann/Alamy, Bild-ID: 2YWAM2T
Seite 17: Getty Images Europe/Hesham Elsherif, Redaktionell#: 2159823655
Seite 33: picture alliance/dpa, Medien-Nr.: 451789549 - BEARBEITET
Seite 36: picture alliance/Zoonar | Stefan Ziese, Medien-Nr.: 263038201
Seite 38-39: IMAGO/Rolf Poss, Medien-ID 0116520951
Seite 40: picture alliance / ZB | Eisenbahnstiftung, Medien-Nr.: 64692444
Seite 41: picture-alliance / dpa | dpa, Medien-Nr.: 22790676

Für Grafiken und Fotos externer Urheber gelten die jeweiligen Lizenzfreigaben und Bestimmungen.

Alle Rechte vorbehalten!

Druckauflage: 17.000

Druckerei: pacem druck OHG
Kelvinstraße 1-3 | 50996 Köln

2022

„Wir sichern
die Zukunft
 Nordrhein-Westfalens
 als ein
führendes
Industrieland
 in Europa“

Landeswahlprogramm der Grünen NRW

2024



über
23 %
 mehr Unternehmensinsolvenzen
 als im Vorjahr



über
5 %
 weniger NRW-Industrieabsatz
 als 2023



2 %
 Rückgang der NRW-Exporte
 gegenüber 2023



über
5 %
 Anstieg der Arbeitslosigkeit
 gegenüber dem Vorjahr

Schwarz-grüne Realität

<https://www.undisgenur.de/nr-0110-nrw/press/2024-30-nrw-arbeitsmarkt-2024-partner-zahlen-gemeinsame-bilanz-wirtschaftliche-krise-transformation-und-fachkratenmangel-arbeitsmarkt-steht-vor-komplexen-herausforderungen>

<https://blomberg-nachrichten.de/nrw-exports-sinken-im-jahr-2024-um-zwei-prozent/>
<https://www.11.nrw/absatzwert-der-nrw-industrieproduktion-2024-um-ueber-4-prozent-gesunken-127543>
<https://www.11.nrw/ueber-5-prozent-der-unternehmensinsolvenzen-nrwaerstmals-das-127244>



Wir richten den Blick.

Sie möchten unser kostenloses Magazin BLICKWINKEL abonnieren und in Zukunft nach Hause geschickt bekommen? Dazu bitte einfach die beiliegende Postkarte ausfüllen und an uns zurücksenden.

Sie können unser Magazin auch online abonnieren. Der nebenstehende QR-Code führt Sie direkt auf die Anmeldeseite: afd-fraktion.nrw/blickwinkel

JETZT
 DAS KOSTENLOSE
 BLICKWINKEL-ABO
 ABSCHLIESSEN!